

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

10. Jahrgang.

Freitag, 3. Oktober 1930.

Nr. 233.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Korrektur von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag (täglich) 12 Bl.

## Roßhermere empfiehlt Hitler das Vorbild Mussolinis.

London, 2. Oktober. Lord Roßhermere veröffentlicht heute in der „Daily Mail“ einen Aufsatz „Mein Hitlerartikel und seine Kritiker“, in dem er den Idealismus der Nachkriegsjugend lobt und seinen Kritikern, die er als eine Bande törichter alter Politiker bezeichnet, vorwirft, daß sie unfähig seien zu begreifen, wie ungegemäß ihre Ansichten geworden seien. Er fordert die Siegerstaaten auf, den gefährlichen Druck, den sie auf Deutschland ausübten, durch Öffnung direkter Beziehungen mit Deutschland zu erleichtern. Hitler gibt er den Rat, sich Mussolini zum Vorbild zu nehmen, womit er Deutschland einen großen Dienst erweisen würde. Ferner ermahnt er die Nationalsozialisten, nach dem Vorbild des Begründers des Faschismus, den Antisemitismus, „dieses törichte Ueberbleibsel mittelalterlicher Vorurteile“, aus ihrem Programm wegzulassen.

## Mussolini über Italiens Wirtschaftskrise.

Rom, 2. Oktober. Im Palazzo Venezia fand gestern die erste Sitzung des Nationalrates der Korporationen statt, der Ministerpräsident Mussolini beizuhöhen. Er befaßte sich in seiner Eröffnungsrede mit der gegenwärtigen Wirtschaftskrise und hob hervor, daß ihr Widerhall in Italien sehr fühlbar sei, wo er besonders im Steigen der Arbeitslosenzahl und in zahlreichen Fallissements seinen Ausdruck finde. Nichtsdestoweniger ist der Ministerpräsident der Ansicht, daß die Hauptphase der Krise bereits überwunden sei und eine Besserung erwartet werden könne, daß aber die Rückkehr zur normalen Lage mindestens drei Jahre in Anspruch nehmen werde. Diese Schätzung dürfe freilich nicht wörtlich genommen werden, sagte Mussolini, denn die Wiederbelebung der wirtschaftlichen Tätigkeit dürfe nicht durch unerwartete und unheilbringende Ereignisse, wie durch einen Krieg, getrübt werden. In diesem Zusammenhang sagte der Ministerpräsident hinzu, daß Italien alles in seiner Macht Stehende getan habe und tue, um einen Krieg zu verhindern.

## Ein Aufruf der lettischen Sozialdemokratie.

In Lettland befindet sich eine Regierung am Ruder, die nahezu das gesamte Bürgerium bis zu den Faschisten gegen die Arbeiterklasse vereinigt hat. Die Regierung erhält sich nur dadurch an der Macht, daß sie die Forderungen der lettischen Faschisten, der Dr. Reinhardt und Arwed Berg, zu den ihrigen gemacht hat. Zu diesen gehörte an erster Stelle die Vernichtung der Krankenkassen. Dank dem jähen Widerstand der lettischen Arbeiterschaft gelang der Plan nur zum Teil.

Das Zentralkomitee der lettischen Sozialdemokratie veröffentlicht nun einen Aufruf an das arbeitende Volk des Landes, in dem die Gewalttaten des Regierungsblochs festgenagelt werden. Der Aufruf verweist darauf, daß die Mehrzahl der bürgerlichen Abgeordneten, die das Krankenkassengesetz zu ungünstigen der arbeitenden Schichten abgeändert haben, gerade von diesen Schichten selber in die Sacina geschickt worden ist. Diese Schichten sollen mit der größten Aufmerksamkeit die Tätigkeit des Parlamentes verfolgen und sich bei den nächsten Wahlen dann entscheiden, wen sie in die gesetzgebenden Körperschaften abordnen wollen. „Wir müssen die Gleichgültigkeit weiden, wir müssen allen, die hören wollen sagen: Werden die sozialdemokratische Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsorganisationen nicht stärker, so wird die schwarze Reaktion noch weiter marschieren und den Arbeitern ein Recht nach dem andern rauben.“

## Weitere Politiker-Verhaftungen in Polen.

Warschau, 2. Oktober. Die beiden Abgeordneten der ukrainischen Minderheit Prálat Kunicki und Ladyka aus Tarnopol wurden heute nachts von der Polizei verhaftet. Außerdem werden aus Ostgalizien noch eine Reihe weiterer Verhaftungen unter der ukrainischen Intelligenz und der Bauernschaft gemeldet.

## Noch keine Klärung in Deutschland.

Brüning verhandelt heute mit Deutschnationalen und Patentkreuzlern. Die Tattit der Sozialdemokraten.

Berlin, 2. Oktober. (Eigenbericht.) Die Besprechungen des Reichskanzlers mit den Führern der Reichstagsparteien haben bisher noch keine Klärung der politischen Situation gebracht. Morgen sollen die Vertreter der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten empfangen werden, und dann wird sich zeigen, welche Bedingungen diese für ihren Eintritt in die Regierung stellen.

Die Zentrumspresse zeigt sich wenig geneigt, der Forderung der bürgerlichen Rechtsparteien nachzugeben, wonach jetzt mit den Patentkreuzlern zusammen regiert werden soll. Das Zentrum wehrt sich ganz genau, daß es dann mit seiner ausschlaggebenden Stellung im deutschen Parteileben zu Ende wäre und daß es sich dann dem Diktat der Patentkreuzler beugen müßte. Aus diesem Grunde ist auch die Stimmung in Zentrumskreisen etwas umgeschlagen. Man ist auch dort durchaus nicht erbaut, daß sich Herr Seipel in die deutsche Politik eingemengt und dem Zentrum empfohlen hat, mit den Nationalsozialisten zusammen in die Regierung zu gehen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, die morgen zum erstenmal zusammentritt, findet eine schwierige Lage vor, und es wird jetzt alles darauf ankommen, eine Tattit zu finden, die die Bestrebungen der Nationalsozialisten nach der Machtergreifung abwehrt, zu-

gleich aber die politischen Rechte der Arbeiterklasse und die sozialpolitischen Errungenschaften der Nachkriegszeit sichert und ausbaut. Daß die Fraktion dem Regierungsprogramm jetzt schon ein eigenes Programm entgegenstellt, ist nicht wahrscheinlich, denn die Entscheidung darüber wird erst im Frühjahr fallen, und zwar bei der Beratung des neuen Reichshaushaltes und der von der Regierung angekündigten Einzelvorlagen. Die Fraktion wird sich voraussichtlich darauf beschränken, zunächst die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterklasse aufzustellen und den Willen zu bekunden, sie mit allen parlamentarischen und außerparlamentarischen Mitteln zu verteidigen. Die weitere Tattit der sozialdemokratischen Partei wird sich dann aus der Entwicklung der politischen Situation ergeben.

## Demokraten gegen Rechtsregierung in Sachsen.

Berlin, 2. Oktober. (Eigenbericht.) Die sächsischen Demokraten haben die Einladung der Wirtschaftspartei zu Besprechungen über die geplante Rechtsregierung abgelehnt. Damit ist das Bemühen der Wirtschaftspartei, eine Regierung mit einem nationalsozialistischen Polizeiminister auf die Beine zu bringen, gescheitert.

## Oesterreich wählt am 9. November.

Misstrauensanträge im Ständigen Ausschuh nicht zugelassen.

Wien, 2. Oktober. (Eigenbericht.) Heute ist der Ständige Unterausschuh des Hauptausschusses zusammengerufen, der mit der Regierung zusammen den Weg zu bestimmen hat. Die Regierungsparteien beantragten den 9. November.

Im Namen der Opposition beantragte zunächst der Landbändler Jangl, der Regierung das Misstrauen auszusprechen, weil sie den Nationalrat aufgelöst habe, ohne ihm Gelegenheit zu geben, über ein Vertrauensvotum abzustimmen. Unter diesem Vorbehalt beantragte auch die Opposition den 9. November als Wahltag.

Da der Präsident diesen Antrag nicht zur Abstimmung bringen wollte, weil über ein Misstrauensvotum nur das Parlament selbst zu entscheiden habe, beantragte Dr. Bauer, festzustellen, daß das Vorgehen der Regierung dem Geist der Bundesverfassung widerspreche, und den Bundespräsidenten zu ersuchen, die Bundesregierung des Amtes zu entheben.

Es gab eine längere Debatte sowohl über die Geschäftsordnungsfrage, ob die Anträge zur Abstimmung zu bringen seien, wie auch über die Stellung der Parteien zur Regierung selbst. Schließlich erklärte der Vorsitzende, er lasse die Anträge nicht zur Abstimmung zu. Lediglich über den Antrag auf Festsetzung des Wahltages wurde abgestimmt. Dieser wurde dann auch auf den 9. November festgelegt.

## Dr. Friemer ist einberufen.

Graz, 2. Oktober. (M.) Die Pressestelle der steirischen Heimwehren teilt im Auftrage Dr. Friemers zu dessen in der Pressemitteilung

## Hitler, der Trommler Mussolinis.

Eine Stimme aus dem Heritalen Heimwehrlager.

In einem Interview mit einem Vertreter der römischen Zeitung „Gazetta di Popolo“ hat Hitler seinerseits dem Faschismus seine Liebeserklärungen gemacht und dabei in höchst eindeutiger Weise Mussolini die völlige Preisgabe des deutschen Südtirols angeboten. Voll Empörung über diesen Verrat schreibt dazu das größte bürgerliche Blatt Tirols, der christlichsoziale „Tiroler Anzeiger“, der auch mit der Heimwehr der Steiermark verbunden ist:

„Herr Hitler will das nationale, das „Dritte Reich“ schaffen. Aber an die Schwelle des Dritten Reiches“ setzt er den schmählichsten Verrat, den Verrat an dem deutschen Südtirol. 200.000 deutsche Volksgenossen, die durch die Friedensverträge zur Zugehörigkeit an Italien verdammt und durch den Faschismus zur Unterdrückung der wichtigsten Lebens-

regungen ihres Volkstums verurteilt wurden, gelten dem Mann des „erwachenden Deutschland“ weniger als das falsche heuchlerische Schmeicheln des Unterdrückten. Die kulturelle Unterdrückung Südtirols hat seit dem Frühjahr dieses Jahres, also seit dem Abschluß des Freundschaftsvertrages Italiens mit Oesterreich, nicht die geringste Milderung erfahren. Raum hat Mussolini in seinem Befehlsblatt aber den Nationalsozialisten um den Bart gestrichen, da meldet sich auch schon der Lautsprecher von München, um aus Dankbarkeit für eine schöne Pfraße dem Duce die deutschen Südtiroler als Brandopfer anzubieten. In Herrn Hitler hat Mussolini den richtigen Mann gefunden, der sich in der Außenpolitik ausschließlich auf die Illusion verläßt und der darum imstande ist, als Trommler für Italiens Interessen seine eigenen Landsleute preiszugeben.“

## Faschismus in Polen.

Von unserem Warschauer Mitarbeiter.

Mit der Programmlosigkeit bzw. Geheimtuererei, die man dem „Befreier“ Polens seitens der Opposition zum Vorwurf machte, ist es nun vorbei: Zwar hat er als der „neue“ Chef der Oberstenregierung in seinem, anstatt des in Europa üblichen Exposés dem Redakteur seines Blattes gewährten Interviews, noch nicht verraten, wie er an die Wilderung der an Katastrophe grenzenden Wirtschaftsnot heran will, aber seiner Wut gegen die Oppositionsführer hat er dadurch Luft geschaffen, daß er sie „Banditen“ tituliert, die nur aufs Geld, für sich selbst „oder aber“ für ihre Parteien, nicht aber auf das Wohl des Staates absehen; in höhnisch-ordinärer Weise, wie das kein Straßensieger im Lande tut, falls er nur bei Zinnen ist, bestrittet sodann der „Befreier“ Polens das Recht der „Befreiten“, die kommenden Wahlen auf deren Reinheit, will heißen Unbeeinflussbarkeit seitens der Pilsudkisten, die in der Wahlkampagne von 1928 Schwindel en gros betrieben, zu überwachen. Die Empörung im Lande schien ihren Höhepunkt erlangt zu haben als die Tat erst folgte: die Gefangennahme der gefährlichsten Oppositionsführer und deren Verschleppung nachts in das Militärgefängnis der Festung von Brest-Litovsk. Man stellt fest, daß zehn Gesetze dabei verlest wurden. Aber die Lage ist viel schlimmer: es wurde so gehandelt, als wenn die Verfassung gar nicht mehr gälte und damit ist der Faschismus bei uns schon da, nicht aber, wie man im Ausland glaubt, er „drohe“ uns erst und lasse sich mit Protesten und Demonstrationen etwa ruhig machen.

Sogar der Protest unseres Rechtsanwaltes (eine sehr ansehnliche, apolitische Organisation) und der Proteststreik der Arbeiterschaft, vorläufig in Warschau, u. a. in der Staatsfabrik „Aviata“, hat nur so viel bewirkt, daß der Justizminister (ein böshafter Witz der Weltgeschichte will, daß er Car heißt) seine Machtlosigkeit erklärte, weil die „Verhaftung“ sich ohne sein Wissen vollzog — was gerade nicht geschehen durfte! — und der Innenminister, General Szkodowski, auf dessen Befehl die Untat erfolgte, erklärte gar, er „kenne die Strafgesetze nicht, aber die Paragraphen und Artikel werden ja von der Gerechtigkeit aufgestellt und im vorliegenden Falle geschah es auch am 11. u. 12. September, in Anwesenheit des Staatsanwalts sowie Untersuchungsrichters . . . in dem Brest Gefängnis selbst und zwar, dank einer lobenswerten Kuriosität der Militärbehörden, denen das Gefängnis unterliegt“. Und da hat man es: die Militärtätigkeit schafft sich ihre eigenen Gesetze, durch ihre eigene „Gerechtigkeit“ diktiert, nachdem sie die geltenden nicht mehr kennen will! Mit diesem Augenblick zieht der Faschismus ins Land ein, ohne daß er sich erst feierlich ansagen müßte. Die Ueberwältigung des Gegners ist ja der Wesenszug der Militärtätigkeit. Daß aber die heilige Sehnsucht, die politische Wirklichkeit durch Militärtätigkeit zu bezwingen, den Faschismus ausmacht, wird man kaum noch beweisen müssen. Er hat bei uns versucht, sich legal einzubürgern, indem er zunächst an der Verfassung eine „Korrektur“ vornehmen wollte, damit sie der „politischen Wirklichkeit besser entspreche“. Vermutlich hat es die „demokratisierende“ Gruppe innerhalb des Lagers Pilsudkis so ausgeklügelt und ließ ein Projekt dieser Korrektur durch den Regierungsbloß im Sejm vorlegen, das aber, verwirklicht, Polen in einen Polizeistaat verwandeln würde. Die Regierung selbst hat sich zu diesem Projekt gar nicht bekümmert; allerdings, nachdem sie seiner Ablehnung durch die Opposition sich vergewissert hatte. Auch die Auflösung des Parlamentes, weil es für jene Verfassungskorrektur nicht zu haben war (so

\*) Dieser Unterschied bleibt für den Großen im „Volk der Idioten“, wie Pilsudki die Polen in einem seiner famosen Briefe tituliert, nur eine Kleinigkeit, scheint es.



motiviert die Auflösung der Staatspräsident Wojcicki, eine Marionette Pilsudskis, ist vermutlich das Werk der demokratisierenden Gruppe, wie die Ausschreibung der Neuwahlen selbst. Demgegenüber scheinen die Militaristen sans gène innerhalb des Lagers Pilsudskis fest entschlossen, ihr Ziel: aus Polen ein zweites Mussolini zu machen, auch ohne die Verfassungsreform, durchzusetzen, wofür die Gefangennahme der für sie gefährlichsten Oppositionsführer nur der erste Schritt war; den weiteren bildet die gewaltsame Verhinderung der Wahlkampagne, sowohl durch die Festnahme der vermutlichen Kandidaten der Opposition, bzw. deren Einberufung ins Militär, wie durch das blutige Auseinanderjagen der Versammlungen, wie es am 14. September der Fall war. In der Hauptstadt Warschau geniert man sich noch ein wenig und ließ die Vorbereitungen des „Bundes für Schutz des Rechts und Volksfreiheit“ (der aus dem Centrolew, Zentrum nebst Linke, nur ohne die Christlichen Demokraten bestehend, eine Einheitsfront für die Wahlen proklamierte) im Schweizer Tal mit sechsstausend Menschen ruhig ablaufen, erst nachher fielen in die heimziehenden Massen Granaten,

mit Tränengas gefüllt, sowie regelrechte Schüsse und zwei Bomben; in der Provinz dagegen ließ man die Versammlung gar nicht abhalten und die Widerständigen wurden unter fürchterlichen Mißhandlungen auf die Polizeiposten geschleppt. Vierundszwanzig Schwerverletzte und zwei Tote konnten einweisen festgestellt werden: zur selben Zeit, als unser Minister Jaleski im Genfer Völkerbund die noch nicht genügende Abrüstung Deutschlands denunzierte.

So ist die erfösende Wirkung der Neuwahlen, die von denselben erhoffte Reinigung der politischen Atmosphäre, ja die Entscheidung darüber, ob Polen frei sein oder in Ketten geschlagen werden soll — ein großes Fragezeichen geworden.

Schon behaupten die Militaristen, weil sie ihrer Niederlage im Wahlkampf sicher sind, daß sie gar nicht nach den Wahlergebnissen sich zu richten gedenken, nur wollen sie die Stimmungen im Lande an ihnen ablesen. Also wegstimmen lassen sie sich nicht. Die Verfassung gilt eben für sie nicht mehr.

Somit wird die Entscheidung: Demokratie oder aber Diktatur? — in der Wahlkampagne selbst nicht fallen können...

# Das Parlament der Bergarbeiter.

## Dritter Verhandlungstag.

Mittwoch vormittag begannen die Verhandlungen des 9. Unionstages mit dem Referat des Genossen Jarolim über den

### Stand der Bergarbeiterversicherung und die Forderungen der Bergarbeiter im besonderen Zusammenhange mit der Frage der Berufskrankheiten.

Genosse Jarolim führte aus: Auf Grund der Richtlinien, die die Wirtschaftsminister des deutsch-tschechischen Bürgerbunds am 9. Feber 1927 beschlossen haben, soll die Sanierung der Provisionsabteilung der Bruderkasse vornehmlich auf Kosten der Invaliden, Witwen und Waisen sowie auf Kosten der Anwartschaften der aktiven Bruderkassenglieder bewerkstelligt werden. Nach diesen imperativen Richtlinien hat das Ministerium für öffentliche Arbeiten seinen Vorentwurf paragrafisiert. Dem Minister Dr. Spina ist das sicherlich nicht schwer gefallen, da er die Bergarbeiterfürsorge für zu üppig hält. Dadurch, daß Dr. Spina die Revierräte von der Begutachtung des neuen Entwurfes über die Sanierung der Bruderkasse ausschloß, beging er eine Ungeheuerlichkeit. Denn das Gesetz über die Betriebs- und Revierräte bestimmt ausdrücklich, daß die Revierräte bei allen den Bergbau betreffenden Fragen anzuhören sind. Es genügt zur Charakterisierung dieses Entwurfes darauf zu verweisen, daß die Absicht bestand, die Bruderkassen zu beseitigen und die Renten um ein Drittel und auch darüber zu kürzen. Ansonsten sollte auch der Begriff der Berufsunfähigkeit beseitigt werden, ebenso sollte das Alter für den Unfall der Altersrente hinausgeschoben werden, wie auch die unbedeckte Witwenrente beseitigt werden.

### Die Sanierung sollte hauptsächlich auf Kosten der Invaliden, Witwen und Waisen und auf Kosten der Anwartschaften der aktiven Bruderkassenglieder durchgeführt werden.

Dieser Gesetzentwurf sollte bis zum 1. Juli 1927 in Wirksamkeit treten. Dazu ist es zum Leidwesen des Bürgerbunds nicht gekommen. Als bald die Richtlinien der Wirtschaftsminister bekannt wurden, haben die koalitierten Bergarbeiterverbände eine groß angelegte Abwehraktion eingeleitet, die in dem am 24. März 1927 durchgeführten eintägigen Gesamstreik der Bergarbeiter in der Republik ihren sichtbaren Ausdruck fand.

In der Vorbereitungszeit erhielt ein Bergarbeiter in Nordwestböhmen nach 25 Dienstjahren eine Rente von 514 Goldkronen. Das sind unter Berücksichtigung des Teuerungsfaktors 4600 Kronen. Die jetzige Rente liegt aber 17,8 Prozent unter der Vorkriegsparität und in Anbetracht einer solchen, völlig unzureichenden Versorgung der alten Bergarbeiter getrauen sich die bürgerlichen Parteien zu sagen, daß wir in der Tschechoslowakei über eine „vorrühliche Bergarbeiterfürsorge“ verfügen! Der Bürgerbund hat der Arbeiterklasse auf sozialem, politischem und finanziellem Gebiete schwere Schläge verlehrt, angefaßt deren er es nicht mehr wagte, seinen ursprünglichen Sanierungsplan durchzusetzen und auf neue Vorschläge konnte man sich nicht einigen. So kommt es, daß die Sanierung der Bruderkassen noch eine ungelöste Frage ist, obgleich sie zweifellos dringlich ist, da auch die Kapitalreserve der Zentralbruderkasse Ende Juli erschöpft war. Die Regierung wurde von den Arbeitervertretern rechtzeitig mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß ab 1. August 1929 der Rentendienst eingestellt werden muß, wenn die Regierung nicht die erforderlichen Mittel zur Weiterzahlung beisteuert. Der Zentralbruderkasse wurde hierauf der erforderliche Kredit bei der Länderbank beschafft. Es sind ungefähr zwei Millionen Kronen monatlich erforderlich. Im Laufe der letzten Jahre hat der Staat wiederholt verstaatlichte Banken saniert und den besthen-

den Klassen Milliardenbeträge zugeschanzt. Angesichts dessen wäre es wohl ein sehr lächerliches Wagnis gewesen, der Bruderkasse den erforderlichen Kredit zu versagen.

Die jetzige Regierung hat sich mit einem Gesetzentwurf, betreffend die Sanierung der Bruderkassen, noch nicht beschäftigt.

### Sobiel aber ist jetzt schon sicher, daß der vom Bürgerbund hinterlassene Entwurf unter Mitwirkung von Sozialdemokraten nie Gesetz werden kann.

Die Bruderkassenprovisionen, die im Durchschnitt nur knapp ein Viertel des Arbeitsverdienstes betragen, können nicht gekürzt, sondern müssen vielmehr erhöht werden.

Die Unternehmer fordern die Beseitigung der Bruderkasse und sind auch für die Verkürzung der Renten. Unser Standpunkt in Bezug auf die Sanierung der Bruderkassen ist derselbe, wie wir ihn auf dem letzten Unionstage zum Ausdruck gebracht haben. Die finanzielle Not der Bruderkassen ist nicht eine Folge der hohen Renten sondern der Geldentwertung und anderer, von den Bergarbeitern unabhängigen Faktoren. Jedenfalls liegen die Dinge so, daß der Staat und die Unternehmer verpflichtet sind, die Sanierung der Bruderkassen durchzuführen.

Genosse Jarolim wandte sich dann der Frage der Berufskrankheiten der Bergarbeiter zu. Die fortschreitende Industrialisierung und Rationalisierung bringen es mit sich, daß bestimmte Arbeitergruppen von besonderen Krankheiten befallen werden. Diese Berufskrankheiten enden mit einer vorzeitigen Verminderung der Erwerbsfähigkeit, langem Siechtum oder mit dem vorzeitigen Tode der Betroffenen. Die Arbeiter fordern daher mit Recht, daß die Berufskrankheiten den entschädigungspflichtigen Berufsunfällen gleich zu halten sind. In zahlreichen Staaten werden Berufskrankheiten auch schon im Rahmen der Unfallversicherung entschädigt. Bei uns sieht es bezüglich der Erforschung der Berufskrankheiten noch sehr armielig aus. Vor allem muß festgestellt werden, daß von amtswegen so gut wie gar nichts geschieht. Auch bei uns hat die maschinelle Kohlengewinnung in den letzten Jahren bedeutend zugenommen und mit ihr die Voraussetzungen für die Entwicklung besonderer Berufskrankheiten. In diesem Zusammenhang sei nur auf die katastrophalen Folgen der Berufskrankheiten der Joachimsthaler Bergarbeiter, auf den Lungentrebs, verwiesen.

Es handelt sich uns nicht nur darum, daß die Berufskrankheiten entschädigt, sondern daß auch vorbeugende Maßnahmen zu ihrer Verminderung geschaffen werden. In diesem Zusammenhang ist es notwendig festzustellen, daß das Unfallversicherungs-gesetz auch in anderer Richtung reformbedürftig ist. Wir fordern deshalb auch die Novellierung der Unfallversicherung unter Berücksichtigung der Geldentwertung und des Teuerungsfaktors.

Genosse Jarolim schlug zum Schluß seines mit großem Beifall aufgenommenen Referates nachstehende Entschlieung vor:

### Erklärung.

Der in Teplitz-Schönau tagende IX. Unionstag der Union der Bergarbeiter in der Tschechoslowakischen Republik fordert:

1. Die selbständige Bergarbeiterversicherung ist im Sinne des Bruderkassengesetzes vom 11. Juli 1922 aufrechtzuerhalten. Das Verhältnis zwischen den Bruderkassen und der Sozialversicherung ist derart zu regeln, daß beim Uebertritt der Bergarbeiter zur übrigen Industrie und beim Uebertritt von Arbeitern von dieser zur Bergbauindustrie die erworbenen Anwartschaften gewahrt bleiben.
2. Die gegenwärtigen Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten sind dem gesteigerten Lebensauswand entsprechend zu erhöhen.

3. Die im Bruderkassengesetz vom 11. Juli 1922 festgesetzte Berufsunfähigkeit zwecks Feststellung der Invalidität ist aufrechtzuerhalten. Ebensovienig darf die in dem erwähnten Gesetz festgesetzte Altersgrenze behufs Erwerbung des Anspruchs auf die Altersrente angehoben werden.

4. Die seit acht Jahrzehnten geltende und unbedingte Witwenrente ist ebenfalls aufrechtzuerhalten.

5. Das Krankenversicherungsgesetz vom 30. März 1888 in der Fassung des Gesetzes vom 22. Dezember 1920 behält seine Wirksamkeit.

6. Die Schäden, die durch Krieg, Geldentwertung und Massenentlassungen den Bruderkassen entstanden sind, haben der Staat und die Bergbauarbeiter zu tragen.

7. Der Staatsschutz gemäß den Vorschriften des Gesetzes vom 9. Oktober 1924 betreffend die Sozialversicherung zu den Invaliden-, Witwen- und Waisenrenten ist auch zu den Bruderkassenrenten zu leisten.

### II.

Das Gesetz betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter ist dahin zu ergänzen, daß die bergmännischen Berufskrankheiten als entschädigungspflichtige Betriebsunfälle anerkannt werden.

### III.

Dadurch, daß bei der Bemessung der Unfallrenten der Jahresarbeitsverdienst nur bis zur Höhe von 12.000 K angesetzt wird, werden viele Arbeiter sowie auch die Hinterbliebenen nach geizten Arbeitern schwer geschädigt. Zur Beseitigung dieser Unterversicherung ist der anrechenbare Jahresarbeitsverdienst derart hoch zu setzen, daß unter Berücksichtigung der Geldentwertung die Vorkriegsparität wieder hergestellt wird.

### IV.

Der § 82 der Gewerbeordnung, der auch auf die beim Bergbau und dessen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter Anwendung findet, ist in der Richtung abzuändern, daß mit erkrankten Arbeitern, auf die ganze Dauer deren Erkrankung das Arbeits(Dienst)verhältnis weder durch Auffündigung noch durch Entlassung gelöst werden darf.

In der anschließenden Debatte sprachen die Genossen Ruschalek - Sulstschin, Göhrer - Falkenau, Göpferl - Brüx, Deml - Witzsch, Pohl und Dvokal - Modlan. Nach einem kurzen Schlusswort des Genossen Jarolim wurde zunächst über die Resolution abgestimmt, die einstimmig angenommen wurde, worauf die Anträge zu diesem Punkt der Tagesordnung ihre Erledigung fanden.

Zum Punkt 6

### „Die sozialpolitische Gesetzgebung im Bergbau“

sprach Genosse Tichy - Brüx: Die Forderungen der Bergarbeiter, die auf dem letzten Unionstag erhoben wurden, konnten nicht erfüllt werden, weil der Bürgerbund für Arbeiterforderungen kein Verständnis hatte. Nach dem Umsturz ist es den Bergarbeitern, dank ihrer Geschlossenheit gelungen, ziemlich bedeutende Errungenschaften zu erzielen, deren Durchführung aber zu wünschen übrig läßt. Die Unternehmer wollen aber nicht nur die Erfüllung der Forderungen der Bergarbeiter verhindern, sondern sind auch bestrebt, die bestehenden Gesetze zu umgehen. Drastische Beispiele dafür bietet die Durchführung des Urlaubsgesetzes und der Bestimmungen über das Entgelt beim Antritt der Präsenzdienstleistung. Eine Forderung, auf die die Bergarbeiter steigend Gewicht legen müssen, ist die Ausgestaltung der Bergwerksinspektion. Ob die Bergarbeiter aber alle ihre Forderungen, oder nur einen Teil erreichen, hängt von ihrem Einfluss auf die Gesetzgebung ab. Dieser Einfluss aber ist um so härter, je größer die Organisation ist.

Im Anschluß daran legte der Referent nachstehende Entschlieung vor:

### Erklärung.

Der IX. Unionstag 1930 erhebt als Mindestmaß zum Schutze der Bergarbeiter nachstehende sozialpolitische Forderungen:

1. Ausgestaltung der Grubeninspektion durch Anstellung von Grubeninspektoren, die von den Bergarbeitern gewählt und vom Staate zu entschulden sind. Doch dürfen diese nicht den Bergbehörden, sondern direkt dem Ministerium für öffentliche Arbeiten unterstehen. Sie sind mit Gehaltsgewalt auszustatten und verpflichtet, bei den Inspektionen die zur Grubensicherung bestimmten Mitglieder des Betriebsrates beizuziehen.
2. Beseitigung jener Bestimmungen der Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Betriebs- und Revierräte beim Bergbau, welche die Kompetenz des Betriebs- oder Revierrates einschränken oder aufheben; Beseitigung der Rechtslosigkeit der Baggarbeiter.
3. Novellierung des Urlaubsgesetzes in der Weise, daß die Möglichkeit, es zu umgehen, beseitigt wird; Verlängerung der Urlaubsdauer für Jugendliche unter 20 Jahren.
4. Unverzügliche Errichtung von Zwangsarbeitsvermittlungsanstalten für den Bergbau.
5. Schaffung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung, zu welcher der Staat, die Arbeitgeber und Arbeitnehmer Beiträge leisten. In den Unterstützungsbereichen sind auch die Anzuarbeiter einzubeziehen.
6. Einführung der Sieben-Stundenschicht bzw. der 42-Stundenwoche.
7. Schaffung eines Gesetzes über Kollektivverträge und Festsetzung eines mit den Kosten der Lebenshaltung im Einklange stehenden Mindestlohnes.

8. Das Lohnzahlungsgesetz im Bergbau ist derart zu novellieren, damit sein Sinn und sein Zweck durch willkürliche Interpretationen der Gerichte und Behörden im Sinne der Bestrebungen der Bergwerksbesitzer nicht in sein Gegenteil verkehrt wird.

9. Gesetzliche Verpflichtung der Arbeitgeber, bei Neuaufnahmen von Arbeitern in erster Reihe ehemalige Bergarbeiter anzunehmen.

10. Schaffung eines Sondergesetzes zum Schutze der bei der Produktion von Uranerzschmelze und der Radiumerzeugung (Haupt-, Neben- und Hilfsbetrieben) beschäftigten Arbeiter.

Am Donnerstag vormittags wurde der Unionstag beendet. Genosse Haase erstattete zunächst ein Referat über a l l g e m e i n e G e w e r k s a f t s f r a g e n, worauf nach einer Debatte eine diesbezügliche Resolution angenommen wurde. Ueber Wirtschaftsfragen sprach sodann in einem anderthalbstündigen Referat Genosse Pohl. Die von ihm beantragte Resolution wurde einstimmig angenommen. (Wir bringen über diesen letzten Sitzungstag noch einen ausführlichen Bericht.)

Im Auftrage der Wahlkommission erstattete Genosse Settmacher hierauf nachstehende Vorschläge:

**Vorstand:** Obmann: Anton Jarolim. Stellvertreter: Adolf Pohl. **Mitglieder:** Josef Zvonar, Schönsfeld, Josef Dienert, Ober-Gaun, Johann Klobber, Viktor, Ferdinand Resbeda, Seestadt, Josef Zimmer, Falkenau, Wenzel Müller, St. Joachimsthal, Franz Schaffarsch, Jmg., Ferdinand Schefly, Unterwaldau, Josef Rudolf, Wälfrel, Emil Ruschalek, Sulstschin. **Erstamänner:** Franz Demel, Witzsch, Franz Kral, Herrlich, Heinrich Schubert, Obergeorgenthal, Anton Pfeifer, Komotau II, Johann Sippel, Königsberg a. d. Eger, Wenzl Moder, Braunsdorf, Jakob Koch, Lihn, Johann Maler, Raierbach, Felix Kneifel, Bernsdorf, Josef Czernik, Petershofen. **Revisoren:** Anton Billmayer, Graupen, Franz Onilicfa, Langueit, Karl Widner, Oberleutensdorf. **Erstamänner:** Emanuel Ritter, Karbid, Franz Kouch, Ladowitz, Ernst Heinrich, Kopitz.

Sämtliche Vorschläge wurden einstimmig angenommen.

Genosse Jarolim sagte in seinem Schlusswort als Vorsitzender die Ergebnisse der Konferenz zusammen und forderte die Delegierten auf, im Sinne der Beschlüsse unter der Bergarbeiterschaft zu wirken und zu arbeiten und für die Organisation zu werben. Der rumänische Delegierte Gehrman schloß sich in einer kurzen Ansprache diesem Aufruf des Genossen Jarolim an und gab seiner Freude über den Verlauf des Unionstages und seine Beschlüsse Ausdruck, worauf die Verhandlungen um 1 Uhr mittags geschlossen wurden.

### Protest des Unionstages der Bergarbeiter gegen die monatliche Lohnauszahlung im Strauer Revier.

Teplitz, 2. Oktober. Der Unionstag der Bergarbeiter nahm gestern zur Entscheidung der Bergbauhauptmannschaft Brünn in der Angelegenheit der Lohnauszahlung der Bergarbeiter im Strauer Revier nachstehende Entschlieung an:

Der 9. Unionstag gibt seiner Verwundung und Entrüstung Ausdruck, daß die Bergbauhauptmannschaft Brünn, dem Verlangen der Bergwerksbesitzer entsprechend, die monatliche Lohnauszahlung als zulässig erklärte. Durch diese Entscheidung wird der Wortlaut und Sinn des Lohnzahlungsgesetzes in sein genaues Gegenteil verkehrt. Indem der Unionstag gegen diese Entscheidung protestiert, erklärt er, daß es Aufgabe aller Bergarbeiter ist, die Verletzung des Lohnzahlungsgesetzes mit allen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Die koalitierten Bergarbeiterverbände werden zur Durchführung der Abwehraktion ausdrücklich ermächtigt.

### Die Arbeitslosigkeit in Mähren-Schlesien.

Brünn, 2. Oktober. (Eigenbericht.) Die soziale Kommission der mährisch-schlesischen Landesvertretung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung eingehend mit dem Problem der Arbeitslosigkeit und der produktiven Arbeitslosenfürsorge. Es wurde festgestellt, daß die Arbeitslosigkeit gegen das Vorjahr um 62 Prozent gestiegen ist. Im September waren in Mähren-Schlesien 30.000 Arbeitslose gemeldet. Durch die Arbeitslosigkeit sind besonders die Textil-, Metall- und Holzarbeiter und die im Bergbau beschäftigten Arbeiter betroffen. Die Bespeisungsaktion des Ministeriums für soziale Fürsorge umfaßt bisher 26 Bezirke. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge wurde dem Land bisher vom Ministerium für soziale Fürsorge eine halbe Million Kronen ausbezahlt.

Die Kommission beschäftigte sich hierauf mit den vom Landesauschuß bereits genehmigten großen Investitionsarbeiten zur Verringerung der Arbeitslosigkeit. Da die Bezirke verpflichtet sind, Kostenbeiträge zu den meisten dieser Arbeiten zu leisten, in ihren finanziellen Kräften aber völlig erschöpft sind, wird das Land die Regierung um Bewilligung der Aufnahme einer Anleihe zur Deckung dieser Ausgaben ersuchen.



**Faschistenprozesse.**

Wie schon die gestrigen Abendblätter meldeten, hat das Kreisgericht Prag an 96 Faschisten den Verstoß zugestanden, demgemäß gegen sie ein Strafverfahren nach § 2, § 13 und § 17 des Schußgesetzes erhoben wird.

Nach § 2 des Schußgesetzes (Anschläge gegen die Republik) ist jedermann strafbar, der sich zu Anschlägen gegen die Republik vereinigt, zu diesem Zweck mit einer fremden Macht in Verbindung tritt, bewaffnete Kräfte sammelt, organisiert oder ausbildet und Waffen, Munition oder andere Mittel bestellt (Strafe ein bis zehn Jahre). Nach § 13 wird als Verbrecher mit Strafen von sechs Monaten bis zu fünf Jahren bestraft, wer ohne behördliche Bewilligung Waffen an schafft, aufbewahrt oder anderen überläßt, militärische Formationen bildet, wenn der Schuldige wissenschaftlich zu Zwecken eines Aufstandes oder Aufstrebens so gehandelt habe. Geschicht dies unwissenschaftlich, so ist die Strafe von einem Monat bis zu einem Jahr zu bemessen. Nach § 17 (Vergehen gegen das Verbot staatsfeindlicher Vereinigungen) wird mit strengem Arrest von einem Monat bis zu zwei Jahren bestraft, wer eine geheime Organisation gründet, deren Zweck es ist, die verfassungsmäßige Einheitlichkeit oder die demokratisch republikanische Form des Staates zu untergraben.

In dieses Verfahren soll der Abgeordnete Gajda sowie die aus dem Szabaprozess bereits bekannten Faschisten Chyba, Detiva und Scheinrot einbezogen werden. Der Auslieferungsantrag gegen Gajda hat bereits im Immunitätsausschuß Zustimmung gefunden.

Die Anklageerhebung gegen die Faschistenführer scheint gewissen Zusammenhang mit der jüngsten Prager Revolte zu stehen. Mit Gassenkrawallen, mit Gründung geheimver bewaffneter Formationen, deren Ziel es ist, Unruhe zu stiften, Staatsbürger zu beseitigen und fremdes Eigentum zu demolieren, läßt sich im verfassungsmäßigen Rahmen einer Republik keine Politik machen. Ob den Beschuldigten die zur Last gelegten Straftaten nachgewiesen werden können, wird das Strafverfahren ergeben. Jedenfalls scheint sich nunmehr bei uns ein energischer Auf gegen die faschistische Politik geltend zu machen.

**Die Demonstrationenprozesse**

fanden gestern ihre Fortsetzung. Wie wir bereits kürzlich hingewiesen haben, scheint die Praxis der Prager Strafgerichte etwas weitherzig den Faschisten gegenüber zu sein. Demgegenüber müssen wir besonders nachdrücklich darauf hinweisen, daß gestern vom Senat des Obergerichtes Dr. Razek ein Beamter und eine Beamtin deshalb angeklagt waren, weil sie am 25. September in Zizkow kommunistische Flugblätter verteilt hatten, in denen die Aufforderung enthalten war, eine Faschistenversammlung zu sprengen. Wegen dieser „Straftat“ — deren Qualifikation dem genannten Senat überlassen bleiben muß — erhielt der Beamte drei Wochen und 500 K und die Beamtin 14 Tage und 500 K unbedingl. Die Aufforderung, eine Versammlung zu sprengen, könnte höchstens als ein Versuch zur Ausführung einer Uebertretung nach dem Terrorgesetz qualifiziert werden; bei Beurteilung einer solchen „Straftat“ müßte der Richter — in objektiver Erwägung aller Umstände — als mildernd anerkennen, daß es sich um einen erfolglosen Versuch gehandelt hat, daß die Erregung über die faschistischen „Demonstrationen“ gewiß berechtigt war und daß ferner die passive Resistenz der Polizei im gewissen Sinne eine Selbsthilfe des Publikums rechtfertigen könnte. Keineswegs aber ist eine unbedingte Verurteilung gerechtfertigt, weil es sich um keine aus ehrlosen Motiven begangene „Straftat“ handeln kann.

**Die Hagel- und Viehverversicherungs-vorlage kommt wieder?**

Wie noch in Erinnerung sein wird, kamen vor etwa zwei Jahren die tschechischen Agrarier mit einer Vorlage über die Errichtung einer öffentlichen Vieh- und Hagelversicherungs-gesellschaft. Die Vorlage wurde damals nicht Gesetz, weil insbesondere die tschechischen Merkantilisten und die deutschen Agrarier — es war noch die Zeit des Bürgerkriegs — sich dagegen aussprachen. Auch der Wirtschaftsbeirat befaßte sich damals mit der Vorlage, an der er große Veränderungen vornahm. Nun hat das Landwirtschaftsministerium, wie die „Lidové Noviny“ berichten, den alten Gesetzentwurf wieder hervorgeholt und ihn unverändert dem interministeriellen Verfahren zugeführt. Nach dem Entwurf soll die Versicherungsanstalt zwei Sektionen haben, eine für Hagel-, eine für Viehverversicherung. Die Versicherten zahlen feste Prämien, während aus Staatsmitteln ein Jahresbeitrag von einem halben Prozent der versicherten Summe, aber höchstens acht Millionen gewährt werden. Die Hagelversicherung soll zentral durchgeführt werden, während die Viehverversicherung lokalen Institutionen überlassen werden soll.

**Arbeitslosigkeit und Sozialversicherung.** Wie das Informationsblatt der Zentralsozialversicherungsanstalt meldet, betrug die Anzahl der Versicherten im Juni dieses Jahres 2.600.685 Personen, (davon 926.222 Frauen). Im Juni des Jahres 1929 betrug die Anzahl der versicherten Mitglieder 2.694.936. Im Juni des heurigen Jahres waren also rund 100.000 Personen weniger sozialversichert, was eine Folge der Wirtschaftskrise ist.

**Das entstellte Präsidenteninterview.**

**Regierungserklärungen in beiden Häusern.**

Prag, 2. Oktober. Die heutige Kammer-sitzung stand ganz im Zeichen der erwarteten Regierungserklärung über ein vor wenigen Tagen in einem Wiener Blatt veröffentlichtes Interview des Präsidenten Masaryk, in dem Masaryk über die Möglichkeiten einer Grenzkorrektur zu Gunsten Ungarns gesprochen haben soll. Das Interview war von Budapestern aufgegriffen worden, hatte dann Gegenstand der Beratungen bei den tschechischen Agrariern und Nationaldemokraten gebildet und war dann zum Ausgangspunkt gereizter Betrachtungen in der tschechischen Reichspressen geworden. Die Regierung einigte sich heute schließlich auf den Text einer Erklärung, die der Ministerpräsident im Hause verlas und worin das Interview als entstellte Wiedergabe eines Privatgesprächs des Präsidenten erklärt wird.

Diese Erklärung hatte eine Umstellung der ganzen Tagesordnung zur Folge. Der Vertrag mit Polen bezüglich Teschen kam überhaupt nicht zur Verhandlung. Nach der Erklärung Udrzals wurde die Sitzung geschlossen, da von keiner Seite der Antrag auf Eröffnung der Debatte gestellt worden war.

In den Verhandlungen des Plenums dürfte jetzt eine längere Pause eintreten, da am nächsten Dienstag der Budgetausschuß bereits die Durchberatung des Staatsvoranschlags für 1931 in Angriff nimmt.

Nach Eröffnung der Sitzung erstattete zunächst Genosse Dr. Winter zum zweiten Punkt der Tagesordnung ein Referat über die Regierungsverordnung vom 18. Dezember 1929, das die Kompetenzverschiebung zwischen einzelnen Ministerien und den Landesämtern behandelt, die im Gefolge der Verwaltungsreform erfolgten.

Der Verfassungsausschuß hat diese Verordnung geprüft und erhebt keine Einwendungen. Entgegen der bisherigen Gepflogenheit, die Verordnung nach Ueberprüfung durch den Ausschuß ad acta zu legen, beharrte der Berichterstatter jedoch darauf, darüber im Plenum des Hauses zu referieren. Bisher sind von 260 Verordnungen auf Grund von Ermächtigungsgesetzen bloß zwei von der Nationalversammlung genehmigt worden. Diese Praxis, erklärt Winter, müsse aufhören, da sie schon vom Standpunkt der Rechtssicherheit gefährlich sei; jede solche Verordnung habe — solange sie nicht ausdrücklich von der Nationalversammlung genehmigt sei — nur solange Gesetzeskraft, als sie nicht von einem der beiden Häuser mit einfacher Mehrheit aufgehoben werde. Das rufe eine Rechtsunsicherheit hervor, und deshalb müsse die bisherige

Praxis der Erledigung durch den Ausschuß geändert werden.

Die Verordnung wurde dann ohne Debatte genehmigt. Dann erbat sich

**Ministerpräsident Udrzal**

das Wort zu der angekündigten Regierungserklärung über das Masaryk-Interview. Unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses führte Udrzal aus:

Ich habe mich an kompetenter Stelle über das angebliche Interview mit dem Präsidenten der Republik, das die „London General Press“ verbreitete, informiert. Nach diesen Informationen hat der Präsident der Republik bereits am 13. August 1930 in Topolčan einen englischen Journalisten empfangen, dem gegenüber er im Gespräch auch einige der in diesen Tagen publizierten Fragen berührte. Die Unterredung war nicht als Interview gedacht und in dem Inhalt des Artikels dieses Journalisten spiegeln sich offenbar zum größten Teil seine eigenen Gedanken wieder. Der Wortlaut des sogenannten Interviews wurde nicht zur Genehmigung vorgelegt. Die Unterredung fand vor anderthalb Monaten statt und es ist auffallend, warum sie als Interview erst jetzt und gerade in den bekannten Blättern veröffentlicht wurde.

Die Kanzlei des Präsidenten der Republik war auf das Interview erst durch die Redaktion eines Tagblattes aufmerksam gemacht worden, die über einige Punkte Aufklärung verlangte, die sie mit den bekannten Ansichten des Herrn Präsidenten nicht in Einklang zu bringen vermochte. Als die Kanzlei des Präsidenten der Republik erfuhr, daß die Unterredung als Interview und in einer Fassung veröffentlicht worden sei, die nicht zur Genehmigung vorgelegt war, traf sie Vorkehrungen, um wenigstens jene Stellen, die die Ansichten des Präsidenten am meisten verzeichnen, nach Möglichkeit auf das richtige Maß zurückzuführen. Wie alle maßgebenden verfassungsmäßigen Faktoren unseres Staates, hält es auch der Herr Präsident nicht für möglich, eine Lösung zu erwägen, durch die der durch die Friedensverträge geschaffene Stand geändert würde. (Beifall.) Es geht also um ein privates Gespräch des Präsidenten der Republik, das in dem veröffentlichten Interview nicht richtig wiedergegeben ist.

Udrzals Erklärung war des öftern von kommunistischen Zwischenrufen begleitet; auch die slowakischen Volksparteiler, die in dieser Angelegenheit eine dringliche Interpellation eingebracht hatten, machten Zwischenrufe. Namentlich Herr Plinka regte sich mächtig auf, als der Vorsitzende konstatierte, daß ein Antrag auf Eröffnung der Debatte über die Regierungserklärung nicht eingebracht worden sei, und die Sitzung beendete.

Die nächste Sitzung wird auf christlichem Wege einberufen werden.

**Alimentationsgesetz im Senat.**

**Kommunisten grundsätzlich gegen jedes Alimentenzahlen!**

Prag, 2. Oktober. Die erste Sitzung des Senates nach den Ferien wurde mit einer Trauerkundgebung für den verstorbenen kommunistischen Senator Dobrovolsky eröffnet.

Im Druck lagen u. a. zwei Regierungsvorlagen über eine neue Konzurs- und Ausgleichsordnung sowie über das außergerichtliche Verfahren auf. Dann wurde die Regierungsvorlage über den Schutz jener Personen verhandelt, die berechtigt sind, Unterhalt, Erziehung und Versorgung zu beanspruchen.

Der Referent Milota hob hervor, daß die bisherigen Bestimmungen über die Alimentationspflicht nicht hinreichen und viele Leute sich dieser Pflicht zu entziehen wußten. Namentlich uneheliche Kinder werden davon betroffen. Der Regierungsantrag habe daher den richtigen Weg eingeschlagen, wirksame Vorkehrungen zu treffen, um die Verletzung ihrer Verpflichtungen zu verhindern; er verhindere aber auf der anderen Seite einen Mißbrauch des Schutzes. Eine Strafsanktion wegen Verletzung der Erziehungspflicht wurde jedoch vom Ausschuß beseitigt mit der Begründung, daß diese Frage eher in den Rahmen der Vorlage über Jugendgerichtsbarkeit falle.

Die Kommunisten hatten schon dem Referenten öfters höhnende Zwischenrufe gemacht, während Mikulicek mit der tschechischen Genossin Karpiskova zu streiten anfing und so ausfallend wurde, daß ihn der Vorsitzende zur Ordnung rief. Dann legte sich als erster Debatteredner der Kommunist Douda gleich energisch ins Zeug, um die Vorlage nach allen Regeln der Kunst zu zerplündern und für ordentliche Arbeitervertreter als unannehmbar hinzustellen. Er argumentierte einfach so, daß die Reichlichen sich ohnedies auch jetzt noch ihrer Alimentationspflicht entziehen würden, während die Armen durch sie hart betroffen würden. Also die Lösung: Der Staat muß von vornherein die Sorge um sämtliche uneheliche Kinder übernehmen, die Väter also (gleichgültig, ob reich oder arm!) jeder Pflicht entbunden sein.

Ein slowakischer Volksparteiler stimmte wieder ein Klageklieb über die „Verderbtheit“ der heutigen

Zeit an und zählte die Ursachen auf: Mangel an christlicher Erziehung, Freidenkertum, Ermöglichung der Ehescheidungen, Entfernen der Kreuze aus der Schule usw. usw.

**Genossin Karpiskova**

polemisierte scharf gegen die merkwürdige kommunistische Auffassung und erklärte, die Kommunisten wollten so direkt den Anwalt für alle reichen Söhnen spielen, die sich ihren Verpflichtungen einem armen Dienstknaben gegenüber entziehen wollen. Die Sozialdemokratie vertrete die Ansicht, daß die Gesellschaft verpflichtet sei, für die Kinder zu sorgen, aber vor allem müsse es Pflicht und direkt Ehrgeiz der Eltern sein, die Verantwortung für das Kind selbst zu übernehmen. Unter lärmenden Zwischenrufen polemisierte Rednerin gegen Douda und führt an, daß die Sozialdemokratie sich schon lange um die rechtliche Besserstellung des unehelichen Kindes bemühe, aber auf dem Grundsatze der Verantwortlichkeit für das Kind beharre. Den Merkmalen Sprecher erinnerte Genossin Karpiskova daran, daß gerade in jenen Ländern, die vom Merkmalismus versucht sind, wie in Tirol, der Slowakei und Karpathoruhland, die Zahl der unehelichen Kinder am größten sei. Die zwei Redner von deutscher Seite, der Landbündler Scholz und der Christlichsoziale Stolberg, widmeten sich hauptsächlich der scharfen Kritik der letzten Prager Demonstrationen.

Den Abschluß der Debatte bildete eine wüste Schimpfrede Mikuliceks, der schließlich zur Ordnung gerufen wird.

Auch der Referent spricht im Schlußwort seine Verwunderung aus, daß gerade die Kommunisten sich gegen einen wirksameren Schutz der Alimentationsberechtigten stellen. Dann wird die Vorlage in erster Lesung angenommen.

Am Schluß der Sitzung gibt der Ministerpräsident über das Präsidenteninterview dieselbe Erklärung wie im Abgeordnetenhause ab. Ein kommunistischer Antrag auf Eröffnung der Debatte findet keine Unterstützung, worauf die Sitzung gegen 7 Uhr abends geschlossen wird.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 9. Oktober, um 3 Uhr nachmittags.

**Nach dem Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie.**

**Stellungnahme des Hauptblattes der Landbündler.**

Die „Deutsche Landpost“ kommt in ihrer Folge vom 2. Oktober auf den Parteitag der tschechischen Sozialdemokraten zu sprechen und hebt seine innerpolitische Bedeutung ebenso hervor als sie den dort vorgebrachten Auffassungen der tschechischen Genossen in der nationalen Frage Würdigung zuteil werden läßt. Das Blatt schreibt:

Das innerpolitische Ereignis dieser Tage waren vielfach nicht so sehr die Prager Demonstrationen in der Vorwoche, wenn sie auch viel Aufsehen erregten und insbesondere im Auslande kein gutes Licht auf die nationalen Verhältnisse in der Tschechoslowakei und in Prag warfen. Viel wichtiger für die weitere innerpolitische Entwicklung auch in nationaler Hinsicht dürfte hingegen der Kongreß der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein, der von Freitag bis Dienstag in Prag stattfand und auf dem hauptsächlich über programmatische Fragen verhandelt wurde. Auch die nationale Frage, die noch immer das ungelöste Kernproblem des Staates bildet, stand zur Debatte und die Stimmen, die man dort von tschechischer Seite vernahmen konnte, müssen als vernünftig und beruhigend bezeichnet werden. Die meisten tschechischen Redner anerkennt in wesentlichen die Berechtigung der deutschen Forderungen in kultureller Hinsicht und insbesondere bezüglich der Kulturautonomie erklärt das neue Programm, daß diesem Prinzipie auch in der Tschechoslowakei entsprochen werden sollte. Man konnte im Verlaufe des Kongresses eine Reihe von Rundgebungen vergeichnen, in denen die Notwendigkeit des nationalen Friedens im Staate betont wurde und aus denen hervorging, daß auch die tschechische Sozialdemokratie zur Ueberzeugung gekommen ist, daß die Verträglichkeit in nationaler Hinsicht die beste Gewähr für den Frieden nach innen und außen bildet und daß sie sich nicht scheut, dieser Ueberzeugung auch offen Ausdruck zu geben.

Das Blatt erinnert dann allerdings an die vergangenen Jahre und die Auseinandersetzungen, die es zwischen uns und den tschechischen Sozialdemokraten gegeben hat. Es macht aber auch sonst einige Einwände, muß aber anerkennen, daß bei keiner anderen tschechischen Partei die Voraussetzungen und die Bereitschaft zum nationalen Frieden so groß sind, wie eben bei der tschechischen Sozialdemokratie. Es wird da weiter geschrieben:

Vorläufig stehen allerdings die schönen Grundzüge über Berechtigung der Kulturautonomie usw. nur auf dem Papier eines Parteiprogramms, und solche Papiere sind bekanntlich leider sehr geduldig. Aber immerhin ist es auch ein Fortschritt, daß sich eine Partei offen mit der nationalen Frage befaßt und daß im tschechischen Lager eine Gruppe es nicht mehr wagt, die Berechtigung der deutschen Forderung abzustreifen. Diese Wandlung der tschechischen Sozialdemokraten findet in tschechisch-bürgerlichen Lager vorläufig keine Nachahmung und die Blätter, die sich bisher mit dem Kongresse befaßten, können die Tradition des nationalen Kampfes nicht verleugnen und halten es daher für ihre tschechisch-nationale Pflicht, die tschechischen Genossen des nationalen Verrats und des Parteitums mit einer angeblich staatsfeindlichen Partei zu beschuldigen. Die „Nár. Listy“ sehen natürlich in den Beschlüssen der Sozialdemokraten einen Angriff auf den nationalen Charakter des Staates, aber in Wirklichkeit ist die staatsmännische Vernunft nicht bei den „Nár. Listy“ sondern bei den Sozialdemokraten, und wenn die tschechisch-bürgerlichen Parteien wirklich konsolidierende Politik machen wollen, so werden auch sie sich mit dem nationalen Problem auseinandersetzen und sie werden zu denselben Ergebnissen kommen müssen, wie der Prager Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten.

Wir haben unmittelbar nach dem Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie geschrieben, daß die geistige Bereitschaft zur Lösung der nationalen Frage auf sozialistischer Seite weit größer ist als auf bürgerlicher. Das Hauptblatt der Agrarier kann das natürlich mit dieser Bestimmtheit nicht zugeben, aber immerhin ist die Einsicht des Blattes, daß auf bürgerlicher Seite das Verständnis für die Forderungen der nationalen Minderheiten weit geringer ist, aus dem Munde der deutschbürgerlichen Regierungspartei wertvoll.

**Kommunisten-Ueberfall auf Stahlhelmer**

Kassel, 2. Oktober. Elf Stahlhelmlente aus Berlin und Umgebung, die sich mit ihren Fahrrädern auf der Durchreise nach Koblenz befanden, wurden am Altmarkt von Kommunisten tödlich angegriffen und durch die Straßen der Altstadt verfolgt. Ein Stahlhelmer trug eine stark blutende Wunde am Hinterkopf, mehrere andere leichtere Verletzungen davon. Die Räder wurden durch Fußtritte und Stockschläge erheblich beschädigt. Als das Ueberfallkommando erschien, schloß jede Spur von den Tätern. Am späten Abend kam es vor der Rathauschenke, wo die Stahlhelmer abgestiegen waren, zu Zusammenrottungen von Kommunisten, die jedoch von der Polizei rasch zerstreut wurden.



# Tagesneuigkeiten.

## Bege gegen die Berliner Philharmonie.

„Vole dni list“, der sich bei den jüngsten Kulturankömmlingen der Prager Straße genügend hervorgetan hat, veröffentlicht einen Artikel „Die Konzertsaison wird von der Berliner Philharmonie eröffnet“, dessen Titel schon eine glatte Unwahrheit ist: Talich, der Chef der tschechischen Philharmonie hat bereits zweimal dirigiert — das eine Konzert war sogar fast ausverkauft. Mittwoch dirigiert L. Jeremias, am Sonntag gibt es ein außerordentliches Konzert unter Stupkas Leitung mit modernem Programm, am 8. ds. wird Nedbal dirigieren und erst am 9. sind die Berliner in Prag zu Gast. Weiter wird von Stridbrns Presse ausgeführt, daß es zwar — trotz der „Ereignisse“ der letzten Tage — ein künstlerisch bedeutendes Ensemble sei, das gastieren komme — wie objektiv und lebenswürdig! — daß aber gerade jetzt zu Beginn der Saison das Publikum von den Darbietungen der heimischen Philharmonie — die ein ebenso qualitativ hochstehendes Ensemble sei? — abgezogen werde und

„es muß daher kategorisch bei den Behörden eingeklagt werden, daß eine Einreise gerade zu einer Zeit bewilligt haben, wo das Interesse eines großen, heimischen Kunstfaktors bedroht wird. Dies ist seine Kleinlichkeit, sondern ein Präjudiz, wenn man bedenkt, daß die Wiener, Dresdner und Warschauer Philharmonie angelegt ist. Wenn bei uns ein Schutz des heimischen Arbeitsmarktes existiert, dann müssen wir diesen Grundsat auch für künstlerischen Interessen erringen!... es sei denn, daß unsere Behörden in ihren Beziehungen gegen das eigene Volk auch jetzt, wo es am wenigsten notwendig wäre, vorgehen!“

Das Gefährliche an dieser „Zielsetzung“ ist die Scheinheiligkeit, mit der scheinbar für patriotische Interessen eingetreten wird; in Wirklichkeit liegt die Sache natürlich ganz anders. Es lebt nicht nur unsere Filmindustrie vom Export nach Deutschland — im letzten Jahre wurde die gesamte Produktion dorthin abgestoßen — es leben auch unsere Komponisten von den Aufführungen im Reich, die materiell viel mehr eintragen als unsere kleinen Bühnen an Lantienen zahlen können; gerade jetzt bereitet München die Aufführung der Viertonoper von Saba vor, wozu die deutschen Instrumentenhersteller die schwierigen Instrumente kostenlos beistellen, jetzt probt man in Berlin Janáček's nachgelassene Oper und wer nicht nur den „Vole dni list“ liest, wird wissen, wie sehr die deutschen Dirigenten in ihren Programmen auf die tschechische Kunst Rücksicht nehmen, wie oft man etwa im Reich Franz Langner, Karl Capel u. a. m. am Spielplan des Schauspielers hat. Diese Bege, die bei der momentanen gereizten Stimmung sehr leicht zu Folgen führen kann — wie die vergangene Woche leider gezeigt hat — ist nicht nur vollkommen kulturlos und eine Ungeheuerlichkeit gegen ein Nachbarvolk, dem die heimischen produzierenden Künstler so viel verdanken, sondern auch unschuldig: erfahrungsgemäß hat die heimische Philharmonie ihr Stammpublikum, das nicht identisch ist mit den Massen, die sich eben gerade die Berliner anhören wollen; wohl oder ist es möglich, daß die heimischen, ausübenden und produzierenden Künstler, die sehr viel Honorare aus Deutschland beziehen, durch eine etwaige Sperre sehr empfindlich geschädigt würden. Dieses Moment sollte sich die Boulevardpresse — wenn der Mißbrauch des französischen Wortes für dieser Ereignis erlaubt ist — vor Augen halten. Darüber, was Internationalität in der Kunst bedeutet, wollen wir mit der Zeitungsprelle nicht debattieren, weil ihr Angriff mit Kunst ja auch nichts zu tun hat. W. G.

## Die Angst vor dem Hunger.

Wie uns aus Weipert berichtet wird, hat sich dort dieser Tage ein von der Firma Gabler & Zöhne entlassener junger Meister ereignet. Erst vor etwa acht Tagen hat ein von dem gleichen Unternehmen entlassener Angestellter Selbstmord verübt.

Wie uns aus Karlsbad berichtet wird, ließ sich auf der Eisenbahnstrecke in der Nähe der Ortschaft Donitz ein etwa fünfzig Jahre alter unbekannter Mann vom Zuge überfahren. Die Räder trennten dem Unglücklichen den Kopf ab und schleiften den Körper eine weite Strecke mit sich fort, so daß er scharflich zugerichtet wurde. In den Kleidern des Toten wurden leinerelei Papiere gefunden, die seine Identität ergeben hätten.

## Tod im Schacht und auf der Strecke.

**Birmingham, 2. Oktober.** Durch eine Explosion in einer Kohlengrube bei Valsal wurden 11 Bergarbeiter getötet.

**Wibersach, 2. Oktober.** Heute nachmittags ereignete sich bei der Durchfahrt des Schnellzuges 175 Friedrichshafen — Stuttgart bei der Bahnstation Ummendorf ein schweres Unglück. Bahnarbeiter, die auf der Strecke an einer schweren Motorwalze beschäftigt waren, ließen diese beim Herannahen des Schnellzuges stehen. Da die Weiche zu weit in das Geleise hinübertagte, wurde sie von der Lokomotive gerammt und beiseite geschleudert. Hierbei wurden zwei Arbeiter tödlich

# Typhusepidemie in der hohen Tatra.

### In Neu-Schmecs allein 42 Fälle. — Bis jetzt 4 Tote?

Aus Neu-Schmecs wird uns von parteigefäßlicher Seite geschrieben: Die hohe Tatra und insbesondere die Sanatorien Dr. Szontagh A. G. in Neu-Schmecs werden von einer bössartigen Typhusepidemie heimgesucht. Die ersten Erkrankungen wurden vor zirka fünf Wochen in Neu-Schmecs bekannt, wo sich gegenwärtig ungefähr 200 Lungenkranke Patienten in den bekannten Sanatorien Doktor Szontaghs zur Kur befinden. Von den 200 Kurgästen sind 42 an Typhus erkrankt. Davon starb bereits im Sanatorium ein Ingenieur der Stodawerke in Pilsen, Herr Dr. Dvofak, der sich ebenfalls in Neu-Schmecs zur Ausheilung seiner Lungenkrankheit befand. Weiter starben noch zwei Patienten und eine Angestellte des Sanatoriums im Krankenhaus in Leutschau in der Slowakei, die wahrscheinlich viel zu spät in das Krankenhaus überführt wurden. Gegenwärtig liegen noch einige schwere Fälle in den Krankenhäusern von Leutschau und Krombach.

Nach Ansicht der Patienten des Sanatoriums Dr. Szontagh wohnen die gefundenen mit den bereits erkrankten Kurgästen viel zu lange beisammen, bevor die Isolierung vorgenommen wurde. Erst 14 Tage nach den ersten Erkrankungen wurde, nachdem immer mehr neue Fälle dazu kamen, isoliert. In der darauf folgenden Woche wurde dann der größte Teil der Typhuskranken, auf Anordnung des dortigen Bezirksarztes, in die Krankenhäuser mittels Personenautos nach Leutschau und Krombach überführt. Das Personal des Sanatoriums erhielt vor 14 Tagen Schutzimpfungen, wogegen die Patienten Enterovakzine bekamen. Trotz der Isolierung und der Schutzmaßnahmen besteht immer noch eine gewisse Gefahr für die dortigen Kurgäste. Die beiden Häuser, in denen die Typhuskranken unter-

gebracht sind, befinden sich in unmittelbarer Nähe des Kinos und des Speisesaals. Die Kinovorstellungen an jedem Mittwoch und Sonntag wurden trotz großer Gefahr weitergeführt, zu denen nicht nur die Patienten des Sanatoriums von Neu-Schmecs, sondern auch Besucher und Angäste von Alt-Schmecs, Westerböhm und Lemnitz kamen. Erst vor acht Tagen wurde das Kino geschlossen. Es steht fest, daß

### Jämliche Schutzmaßnahmen viel zu spät ergriffen

wurden. Am vergangenen Freitag traf in Neu-Schmecs eine Kommission des Prager bakteriologischen Institutes ein, die auf der Suche nach dem Krankheitsherde ist. Unter den dortigen Patienten herrscht eine große Unruhe, die wilden Gerüchte werden in Umlauf gesetzt, um so mehr, als es bisher unterlassen wurde, die Patienten über diese Epidemie aufzuklären. Im Gegenteil wurde alles geheim gehalten und erst als die Patienten Enterovakzine bekamen, wußten sie aus der in der Schachtel beiliegenden Gebrauchsanweisung, daß diese Schutzmaßnahme gegen Typhus gerichtet ist.

Die Ostrauer „Morgenzeitung“ hat die Meldung über die Typhusfälle in Neu-Schmecs dementiert. Tatsächlich herrscht aber hier der Typhus. Als Beweis diene folgende Bekanntmachung der Sanatorien-Direktion, die in Neu-Schmecs in allen Häusern ausgehängt wurde:

### Rundmachung.

Es wird nochmals bekanntgegeben, daß vom Bezirksamte die Quarantäne angeordnet ist und deswegen niemand von den P. T. Patienten unsere Anstalt verlassen darf.

Was sagt das Gesundheitsministerium dazu?

und zwei weitere schwer verletzt. Die Schnellzuglokomotive wurde beschädigt. Von Wibersach wurde sofort eine Hilfslokomotive entsandt.

**Von der Angel eines Selbstmörders getroffen.** Der Musiker Franz Flapal in Aussig, der infolge seiner Trunksucht stark verschuldet war, beging Mittwoch abends auf dem Marienberg einen Selbstmordversuch, indem er einen Revolvererschuss gegen sich abfeuerte. Die Angel ging jedoch fehl und traf eine in größerer Entfernung auf einer Weie arbeitende Frau, die an der Schulter verletzt wurde. Als Leute herbeieilten, um ihn festzuhalten, tötete sich Flapal durch einen zweiten wohlgezielten Schuss in den Mund.

**Ein Eisenbahner plündert die Stationskasse.** Mittwoch abend wurde auf dem Bahnhof Wieselau Oberleutendörfer die Kasse beim Fahrkartenschalter ausgeraubt, wobei dem Täter 2300 K in die Hände fielen. Der diensttunende Beamte hatte auf kurze Zeit den Dienstraum verlassen. Die Gendarmrie verhaftete einen Bediensteten der Station, den Bahnschreiber Josef Weber, der den Einbruchdiebstahl eingestand. Er wurde dem Oberleutendörfer Bezirksgerichte eingeliefert.

**Unter die Räder geraten.** Als Donnerstag früh in der Station Pischau im Bezirke Postelberg der Eisenbahner Rebauer, der eingeschlafen war, aus dem bereits wieder fahrenden Zuge springen wollte, geriet er unter die Räder. Es wurden ihm beide Füße abgefahren. Der Verunglückte wurde in das Tözer Krankenhaus überführt.

**Schulrundfunk.** Wie im Ausland, so soll jetzt auch bei uns der Schulrundfunk von Seiten der maßgebenden Stellen gefördert werden. Jede Schule soll für Lehrzwecke einen Rundfunkapparat erhalten resp. sich diesen aus den Lehrmittelbeiträgen beschaffen. Wie von kompetenter Stelle mitgeteilt wird, werden Ansuchen um eine Subvention für die Anschaffung von Rundfunkgeräten von Seiten der Orts- und Bezirksbehörden befristet erledigt.

**Unglaubliche Milde für einen Mord.** Das Tschechische Schwurgericht verurteilte den nationalsozialistischen Arbeiterpartei angehörenden Schlosser Derman Schmidl wegen schwerer Körperverletzung mit Todeserfolg unter Jubilation mildernder Umstände zu zweieinhalb Jahren Gefängnis. Schmidt hatte am 30. August im Verlauf einer politischen Diskussion plötzlich auf den Weber Krott eingeschossen und ihm tödliche Verletzungen beigebracht. Das skandalöse Fehlurteil findet in Tschechien allgemein schärfste Ablehnung.

**Selbstmord aus Rot.** In einem Lokal am Stottbuser Damm in Berlin wurde am Mittwoch nachmittags ein 53jähriger Wächter erhängt aufgefunden. Schwere wirtschaftliche Not hatte den Unglücklichen zum Selbstmord getrieben.

**Vor seinen Kindern getötet.** In Köln wurde am Mittwoch vormittags ein Arbeiter vor den Augen seiner drei Kinder von einem Kraftwagen überfahren und getötet.

**Ein Jahr Zuchthaus für einen Rauf.** Hängte das Münchener Schöffengericht über einen Ausschiltsangestellten im Arbeitsamt München. Der Mann hatte eine stillenlose Pianistin in ihrer Wohnung aufgesucht, um ihr ein Formular, das sie auf dem Amte liegen gelassen hatte, zu überbringen. Bei dieser Gelegenheit fand er, daß die Pianistin zehn Tage Unterstützung zu Unrecht bezogen hatte. Um sie vor der Bestrafung zu schützen, nahm er eine ge-

schäftswidrige Korrektur auf dem amtlichen Formular vor. Beim Weggang verehrte das Fräulein dem Angestellten eine Tafel Schokolade, während er ihr zum Abschied einen Kuß verabreichte. Die ganze Szene hatte eine Nachbarin durch das Guckloch belauscht und dem Bräutigam des Mädchens zugetragen, der in seiner Eifersucht schleunigst Anzeige erstattete. Nun erhielt der Angestellte, der übrigens Vater von sechs Kindern ist, wegen eines Verbrechens im Amte in Tateinheit mit einem Vergehen der Begünstigung ein Jahr Zuchthaus und 150 Mark Geldstrafe. Das Gericht ließ keine Milderungsgründe zu. Es empfahl dem Verurteilten, dem Weg des Gnadenweges zu beschreiten.

**Katastrophaler Hauseinsturz in New York.** Ein vierstöckiges Mietshaus ist Donnerstag früh in New York eingestürzt. Zwei Leichen und fünf Verletzte konnten bisher bereits geborgen werden. Sechs Personen werden jedoch noch vermisst und man befürchtet, daß sie unter den Trümmern begraben liegen. Die Feuerwehren sind unter Aufsicht aller Kräfte damit beschäftigt, den Schutt wegzuräumen, da man hofft, einige der Verschütteten noch lebend bergen zu können.

**Auto-Unglück.** In der Umgegend von Genethin (Provinz Sachsen), wurden beim Zusammenstoß eines mit Düsseldorf Schauspieler besetzten Automobils mit einem Lastkraftwagen zwei Insassen getötet und drei schwer verletzt.

**Unglück auf der Donau.** In Budapest stürzte am Donnerstag von dem unteren Donau ein Lastkraftwagen mit drei Insassen in die Donau. Das Rettungsboot eines in der Nähe haltenden Dampfers hat zwei Insassen aus dem Wasser gefischt. Der Dritte, der aus dem Auto auf die Straße gestürzt war, erlitt schwere Verletzungen. Der Wagen ist untergegangen.

**Nord an einem Moler.** In Nürnberg wurde in seiner Wohnung der Moler Herwig ermordet aufgefunden. Die Nordkommission hat einen des Mordes verdächtigen Mann namens Harter verhaftet, der bisher jedoch leugnet, die Tat begangen zu haben.

**Wölfe vor Athen.** In Kifissia, einem Vorort Athens, wurde eine große Treibjagd auf Wölfe veranstaltet, die durch händliche Überfälle auf Menschen und Tiere die griechische Hauptstadt unsicher machten. Trotzdem sich 50 Jäger auf die Jagd nach den Wölfen machten, gelang es bis jetzt nur einem Wolf zur Strecke zu bringen.

**Selbstmordtragödie einer Schülerin.** Im Hause Turinerstraße 10 im Norden Berlins wurde die 14jährige Schülerin Charlotte Nagel in der Wohnung ihrer Eltern mit Gas vergiftet aufgefunden. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Das 14jährige Mädchen schritt sich eine schlechte Jenur, die es als Schülerin einer höheren Lehranstalt erhalten hatte, so sehr zu Herzen genommen zu haben, daß es in Abwehtheit seiner Eltern den Gashahn öffnete.

**Das Ende einer Schauspielerin.** In einem Vorort von Rio de Janeiro wurde die Leiche der aus Wien stammenden Schauspielerin Mary Plesch gefunden. Da der Toter der Schmutz geraubt war, wird angenommen, daß die junge Künstlerin einem Raubmord zum Opfer gefallen ist. In Wien hat die Nachricht vom dem tragischen Tode der Schauspielerin lebhaftes Interesse erregt. Mary Plesch, die nur 28 Jahre alt geworden ist, hat ein wechselreiches Leben hinter sich. Sie war die einzige Tochter eines Modewarenfabrikanten und heiratete mit 18 Jahren einen Wiener Eisenwarenhändler, von dem sie nach dreijähriger Ehe geschieden wurde.

Später trat sie als Tänzerin auf und hatte in Osterrreich und Deutschland zahlreiche Engagements. In Rio de Janeiro, wo sie sich später niederließ, war sie als Vertreterin tätig. Man nimmt an, daß die Künstlerin bei einem geschäftlichen Abstieg in einen Hinterhalt gelockt und dann ermordet worden ist.

**Kindesermordung.** In die Gast des Bezirksgerichts Pragitz wurde die Arbeiterin Ruffl eingeliefert, die angezeigt worden war, sich ihres neugeborenen Kindes entledigt zu haben. Die Ruffl gestand vor dem Untersuchungsrichter auch ihre Tat ein. Bei der Untersuchung der Leiche im Hause, in dem die Ruffl wohnte, wurde tatsächlich die Leiche eines neugeborenen Kindes in fortgeschrittenem Zustand der Verwesung aufgefunden.

**Eine norwegische geologische Expedition** unter Führung des Geologen Ologon, eines Arbeiters Amundsen auf dessen ersten Nordpol-Expedition, entdeckte auf dem Jan Mayen-Land im Süden der Baffin-Bay die Ueberreste von sieben Niederländern, die unter Führung Jan Mans im Jahre 1634 eine Polarreise, und zwar die erste, von der die Geschichte schreibt, unternahmen, auf dem Jan Mayen-Lande überwinterten und dort umkamen. Kurz Zeit darauf, nachdem die Expedition den furchtbaren Tod durch Hunger gefunden hatte, wurden ihre Leichen durch eine Expedition der Ostindischen Kompanie gefunden und begraben. Das Tagebuch Jan Mans, das von einem Kapitän der Ostindischen Kompanie gefunden worden war, wurde im 17. Jahrhundert veröffentlicht. Es enthält genaue Aufzeichnungen über die Forschungs-ergebnisse und die furchtbaren Leiden der holländischen Polarforscher und schließt mit dem 20. April 1634.

**Information über die Pensionsversicherung.** Die von Dr. Rudolf Sotowetz, Regierungskommissär der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag, verfaßte Informationsbroschüre „Die Entwicklung der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag vom Jahre 1919 bis zum Jahre 1929“ ist soeben erschienen. Diese Broschüre enthält eine ausführliche, durch Statistiken ergänzte Information über die Anstalt und ihre Tätigkeit während des angeführten Zeitraumes, namentlich aber über den Stand der Versicherungen und Rentner, über die Heilfürsorge, Stellenlokalunterstützung, über die Vermögensanlage, über die Verwaltungsgeschäfte, Verwaltungskosten und über die Angestellten und Amtsgenossen. Die Broschüre wird an alle Interessenten-Organisationen direkt durch die Allgemeine Pensionsanstalt in Prag versendet. Abschließend erhält jeder Versicherte der Allgemeinen Pensionsanstalt und dessen Dienstgeber diese Broschüre über Ansuchen unentgeltlich zugesendet. Diese Ansuchen sind an jene Amtsstelle der Allgemeinen Pensionsanstalt zu richten, bei welcher die Angestellten versichert sind; Versicherte der Amtsstelle B der Allgemeinen Pensionsanstalt in Prag haben daher die Ansuchen bei dieser Amtsstelle, Prag II., Rašínova náb. 60, zu überreichen.

## Das Aleeblatt der Kriminalromanliter.

Chicago macht Karriere. Was die mit allem Hoffen arbeitenden Verbrechertums der reichhaltigen Millionenstadt in U.S.A. können, wolle, mit allerdings geringerer Geschid, aber durchaus gutem Willen in Hamburg ein sogenannter „Club der Bier“ kopieren, der sehr angesehen wurde. Es handelt sich um ein smartes Klüßchen von vier jungen, sehr romantisch angelegten Leuten, die sich nach dem Vorbild der großen Chicagoer Banditen vereint hatten, um gemeinsam und nach nicht schlecht durchdachtem System Raubüberfälle und Einbrüche zu begehen.

Die Polizei wurde dieser Tage auf den maßgebenden Klub aufmerksam, als auf das Büro der Naphtha-Industrie- und Tankanlage A. G. im Herzen der Stadt ein tollkühner Raubüberfall verübt wurde. Die Angreifer hatten das Büro überfallen und den Widerstand der Büroangestellten mit dem Revolver in der Hand gebrochen. Die Angestellten wurden gefesselt und die Kasse, deren Inhalt allerdings nur 100 Mark betrug, ausgeraubt. Als Täter kamen vier junge Leute in Frage, die zum Teil verurteilt, den Ueberfall verübt hatten. Dem schnellen Zugriff der Polizei gelang es nach kurzer Zeit, das dreifache Verbrechen aufzuklären. Als der „Club der Bier“ in einer kleinen Anceie in Hamburg bei Hamburg tagte, brach überraschend die Kriminalpolizei ein. Die Bier leisteten keinen Widerstand und wurden aufs Polizeipräsidium gebracht, wo sie nach längerem Verhör sämtlich gestanden.

Der Begründer der zweifachen Vereinigung war ein stellungloser Kaufmann, der sowohl von materieller Rot als auch von Abenteuerlust getrieben, den „Club der Bier“ ins Leben gerufen hatte. Dabei ging der Kaufmann höchst geschäftsmännlich und beinahe sachlich zu Werke vor. Er warb in Briefen an ihm bekannte junge Leute Mitglieder. Die Briefe waren — und das ist wieder das Romantische an diesem kriminell-kommerziellen Vertriebe — in einer etwas merkwürdigen und primitiven Geheimschrift abgefaßt. In dem Klüßchen wurde der Empfänger aufgefordert, dem Unternehmen beizutreten und zugleich dringend gebeten, sich völlig diskret zu verhalten. Daß der Klubgründer mit seinem dunklen Projekt auf nicht allzuviel Gegenliebe stieß, beweisen die „Klubanmeldungen“! — Nur drei Leute waren bereit, der Verbrechervereinigung beizutreten. Es ist höchst ersichtlich, daß der „Club der Bier“ so schnell unschädlich gemacht worden ist. Wahrscheinlich hätten viele Verbrecher der Hintertreppe noch manches andere „Klubunternehmen“ ausgeführt. Aber von aller Verlogenheit jugendlich halbfoller Menschen abgesehen — auch dieser „Club der Bier“ ist ein sprechender Beitrag zur grenzenlosen sozialen Rot unserer Zeit.



Das Ekzem, eine eigenartige Hautkrankheit.

Selbst wenn die ärztliche Diagnose „Ekzem“ bei dem mannigfachen Krankheitsbild dieser Hautkrankheit nicht immer geklärt ist, kann nicht bestritten werden, daß diese Erkrankung die häufigste Hautkrankheit überhaupt ist.

Die Ursache des Ekzems ist nur im Einzelfalle festzulegen und dann nur für den Einzelfall bekannt. Für die allgemeine Diagnose „Ekzem“ gibt es keine feststehende, feststehende Ursache, ebensowenig wie das Krankheitsbild des Ekzems sich ein für allemal festlegen läßt.

Jedenfalls sind die Arten über diese eigenartige Erscheinung noch nicht geschlossen. Es ist also durchaus verständlich, daß es nicht nur eine, sondern verschiedene, wissenschaftliche Theorien gibt, die sich mit der Ursache und dem Zustandsbild des Ekzems beschäftigen.

Aus derartigen Kombinationen wird die Behandlung des Ekzems schon manchen Hinweis entnehmen. Mit der Beseitigung der Ursache oder der auslösenden Wirkung wird in vielen Fällen schon das Ekzem von der Haut verschwinden.

Arzt nur mit den die Erscheinungen allein bekämpfenden Heilmitteln herangeht. Gerade das Ekzem führt zu einer mehr oder minder gestalteten Allgemeinbehandlung des ganzen Menschen.

Vorhof der Hölle von Cayenne.

232. Die kleine Insel Ré an der französischen Atlantikküste, deren Name in mehr oder weniger regelmäßigen Zwischenräumen in der Presse aller Länder auftaucht, wenn in aufsehenerregenden Prozessen Verbannungsurteile ausgesprochen worden sind, bildet eine Welt für sich, eine mittelalterlich anmutende Welt inmitten eines modernen Staates.

Mancher wird sich verwundert fragen, warum es ein Jahr dauern muß, bevor sich ein Sträfling im Bagno von Cayenne anfangt. Das Pflasterland liegt aber fern, und die Reise ist kostspielig, so daß der Staat weder ein Kriegsschiff noch einen gemieteten Dampfer dazu verwenden will.

Gegenwärtig hat Frankreich drei solcher Transportfahrzeuge: zwei für die Küstenfahrt in der Strafsolonie und eins für die Überfahrt. Es vergeht ein Jahr, bis die 500 oder 600 Häftlinge, die eine volle Ladung ausmachen, zusammen sind.

Die erste dieser Stationen ist das riesige Gefängnis von Fresnes, eigentlich ein Komplex von fünf Gefängnissen. Die für Cayenne bestimmten Gefangenen werden in einem Flügel eingeschlossen, der durch eine hohe Mauer von den übrigen Gebäuden getrennt ist.

Das Ekzem überhaupt nur Symptom, nach außen hin sichtbare Erscheinung eines anderen Leidens. Das sollte bei seiner Behandlung nicht vergessen werden.

Rochell bleiben sie zwei Tage. Am dritten Tage werden die wiederum einzeln geketteten Leute nach dem Hafen gebracht, von wo aus ein Zellenkloster sie in einer Stunde nach der Insel (Saint Martin & Ré) bringt.

Das Gefängnis von Ré ist ein wahres Bagno mit einer eisernen Fucht. Wenn die Sträflinge von der Kette befreit sind, so werden sie entkleidet, untersucht auf Sadeligkeiten und vorzüglich roh behandelt. Das ist eine Taktik der Wärter, die auf diese Weise die widerpenfigen von den feigen Elementen unterscheidet.

Der Aufenthalt auf der Insel ist für die meisten eine Qual. Auch hier ist Schmeißen das höchste Gesetz. Die Arbeit ist hart, nicht immer wird die anferlegte Tagesleistung vollbracht, und dann werden barbarische Strafen anferlegt.

Eine große Ungerechtigkeit ist es, daß nicht alle Gefangenen zu Zwangsarbeit Verurteilt sind. Zum Teil sind es sogenannte „clochards“, d. h. unverbesserliche Landstreicher usw., die als unerwünschte Elemente, die sich jedoch nichts Schweres haben zuschulden kommen lassen, nach Cayenne abgeschoben werden.

Endlich geht die Qual von Ré doch vorüber. Drei Tugend Wärter aus Cayenne kommen eines Tages auf der Insel an, und das ist das Zeichen, daß die Überfahrt demnächst vor sich gehen wird.

Die Wärter übernehmen die Sträflinge und liefern sie in Cayenne ab. Nach dem Bagno von Ré erscheint das wirkliche Bagno in Guayana den Verurteilten wie ein Paradies; denn dort winkt eine nebelhafte Hoffnung: die Möglichkeit zur Flucht!

Fix für's Haar was tun: PIXAVON-Shampoo!

Ballwirtschaft und Sozialpolitik. Kommunistische Streitakt.

Nachdem der V. Kongress der Roten Gewerkschafts-Internationale wieder einmal die kommunistische Gewerkschaftstatistik revidiert und erneut die Gründung selbständiger kommunistischer Gewerkschaften, d. h. die Spaltung, als die wahre „Einheit“ proklamiert hat, tritt natürlich das Problem der Streikführung in den Mittelpunkt kommunistischer Erwägungen.

Dieses Problem stellte sich auch beim Streik der Textilarbeiter in Nordfrankreich. Man konnte dabei beobachten, daß die Kommunisten die unmittelbaren Interessen der Arbeiter zugunsten der „revolutionären Situation“ völlig außer acht ließen, weshalb sich denn auch — wie die kommunistische Gewerkschaftspressen selber zugeben muß — der Streik durchaus zu Ungunsten der Kommunisten auswirkte.

Wie war die Taktik der freien Gewerkschaften und wie jene der Kommunisten? Die freien Gewerkschaften gingen z. B. im Gebiet von Roubaix-Tourcoing, wo der Hauptkampf geführt wurde, darauf aus, nicht wahllos alle Arbeiter in den Streik zu führen (dies schon im Interesse der Beschaffung der für den Lebensunterhalt nötigen Mittel für die streikenden Kameraden).

Die Kommunisten hingegen waren lediglich bestrebt, aus dem Streik einen Generalstreik aller Arbeiter zu machen, d. h. sie wollten auch den Streik bei jenen Unternehmern herbeiführen, bzw. weiterführen, die entgegen dem Willen ihrer Kampfleitung bereits auf die Treueprämie verzichtet und teilweise sogar die Löhne erhöht hatten.

Arbeitslosenversicherung in U. S. A. Das Gewerkschaftsstatistik von New York hat einen Beschluß zugunsten der Arbeitslosenversicherung angenommen. Präsident Green vom Amerikanischen Gewerkschaftsbund sprach sich bei dieser Gelegenheit gegen die staatliche Arbeitslosenversicherung aus und bezeichnete sie als eine Art „Umsen der Regierung“.

Neuer Präsident des Britischen Gewerkschaftsbundes: Der Generalrat des Britischen Gewerkschaftsbundes hat A. Hayday zum diesjährigen Präsidenten der britischen Landeszentrale ernannt. Hayday, der 61 Jahre alt ist, hat in England Pionierarbeit auf dem Gebiete der Organisierung der ungelerten Arbeiter geleistet.

Dichter und Dichterlinge.

Lustige Anekdoten. Peter Altenberg suchte einmal, da er sich nicht wohl fühlte, den Arzt auf. „Ich möchte Ihren Rat, Herr Doktor,“ sagte der Dichter, und lebendete sich aus. Der Arzt untersuchte ihn gründlich. „Sie dürfen nicht mehr so viel rauchen, Herr Altenberg!“

Die 17. Zeile von oben.

Von B. Lewin.

Andrej Iwanowitsch galt als der klügste Kommissar im ganzen Gouvernement. Die ältesten Parteigenossen pflegten von ihm zu sagen: „Hätten wir nur ein Duzend mehr solcher Kerle wie Andrej Iwanowitsch. Was für ein Kopf! Wie er Lenin und Marx zitiert...“

Wahrhaftig, Bürger, es war nicht leicht, gegen eine Persönlichkeit wie Andrej Iwanowitsch in einer Diskussion aufzukommen. Du glaubst, ihn schon endgültig widerlegt zu haben, — da sagt er zu dir: „Erlauben Sie! Lenin sagt doch im 15. Band, 7. Kapitel, 17 Zeile von oben...“

Du bleibst stumm wie ein Fisch... Nach einer Weile vermagst du endlich zu flüstern: „Ach ja, ich habe ganz vergessen. Natürlich, selbstverständlich...“

Ich erinnere mich, wie im Dampfbad einmal darüber gestritten wurde, ob Kommunisten und Gewerkschaftsmitglieder das Recht hätten, die Dienste eines Masseurs in Anspruch zu nehmen, oder ob sie sich eigenhändig abreiben müßten.

Alles verstand. Der Dank der Masseure aber kannte keine Grenzen. Oder ein anderer Fall. Die Gattin eines

Kommunisten, der auf verantwortungsvollen Posten stand, erkrankte an Photographomanie. Das heißt, sie ließ sich bei jedem der drei Photographen der Stadt dreimal am Tage aufnehmen. Und jedesmal in einer anderen Pose. Einmal am Telefon, dann mit dem schweren Militärrevolver in der Hand, ein andermal mit einer Kape auf dem Arm oder im Sattel, meist aber mit einer Blume in der Hand, die sie feujend an die Nase führte.

Hier setzte der Protest der andern Kommunistenfrauen ein. Es wurde ziemlich offen davon gesprochen, daß ein solches Vorgehen kleinbürgerlich wäre, da doch auch andere auf verantwortungsvolle Posten gestellte Genossen Gattinnen besäßen, die vielleicht ebenfalls gern in den Schaukästen hängen möchten.

Über diesmal hatte Andrej Iwanowitsch den Bogen überpaßt. Die Gattinnen der übrigen auf verantwortungsvolle Posten gestellten Genossen wurden ernstlich böse und hekten ihre Männer auf Andrej Iwanowitsch: „Zeigt ihm, daß ihr's besser wißt! Debatitert ihn nieder!“ Doch niemand konnte sich zu dem Wagnis entschließen...

Bis schließlich Nikita Epstein sich ein Herz fakte. Nachdem er seinen Mut durch einige Schnäpse aufgefrischt hatte, begann er, mitten in einem Kreise angesehener Parteigenossen, gegen Andrej Iwanowitsch zu sticheln, bis dieser schließlich ausrief: „Sie scheinen nicht zu wissen, daß Lenin auf Seite foundsjobiel, Zeile foundsjobiel...“

Nikita Epstein ließ ihn aber nicht einmal zu Ende reden. „Nichts dergleichen! In keinem der dreihundzwanzig Bände Lenins gibt es eine solche Stelle...“

Die Gäste waren alle wie vom Schlag gerührt. Nikita Epstein erschien plötzlich allen wie der erbärmlichste Wicht und Andrej Iwanowitsch wie der allmächtigste Held. Doch plötzlich — zur grenzenlosen Verwunderung aller Gäste — ließ sich Andrej Iwanowitsch leise und schüchtern vernehmen: „Es ist möglich, daß ich mich diesmal geirrt habe. Ich will nicht streiten. Uebrigens habe ich jetzt Eile. Leb wohl!“

Da erschien allen Andrej Iwanowitsch plötzlich wie der erbärmlichste Wicht, Nikita Epstein aber als ein allmächtiger Held. Am nächsten Tage reiste Andrej Iwanowitsch ab. Beim Abschied sagte er: „Ich will doch hier nicht ganz verschauern. Es gibt ja noch genug Städte in unserer Republik. Für mein weiteres Leben finde ich sicher noch mein Auskommen!“

Und es bleibt einem nichts anderes übrig als ehrfurchtsvoll zu flüstern: „Ach richtig! Ich vergaß ganz... Natürlich, selbstverständlich...“ (Deutsch von Z. Borissoff.)



# Kinderfreunde Prag.

Samstag, 4. Oktober,  
Ausflug nach Jätsi.

Treffpunkt: Endstation der 17er und 21er Linie um 3 Uhr nachmittags. Führung die Genossinnen Hofbauer und Fuchs.

Nachdem von Ernst Raupach in Weimar bereits 85 Dramen über die Bretter gegangen waren, reichte er der Berliner Hoftheaterintendantin ein Stück zur Aufführung ein. Da er längere Zeit ohne Antwort blieb, erkundigte er sich persönlich bei dem damaligen Intendanten Brühl nach dem Schicksal seines Dramas. Der Intendant holte das Manuskript hervor, betrachtete die kleine und enge, doch trotzdem gut leserliche Handschrift des Dichters und sagte, man habe das Stück der kleinen Schrift wegen bis jetzt noch nicht lesen können. Kurz angebunden erwiderte Raupach: „Ich habe nicht gewußt, daß man in Berlin so kurzichtig ist, sonst hätte ich größer geschrieben.“ Diese entsetzten Worte machten Brühl stutzig. Er versprach, das Manuskript sofort zu lesen. Es wurde angenommen.

Gottfried Keller war zur Wiederherstellung seiner Gesundheit in Baden. Da er jedoch den Besuch seiner Freunde erhielt, der stets mit einem Weinabend endete, konnte von einer Kur natürlich keine Rede sein. Die Ärzte beschloßen darum, dem Dichter nahegelegene, alkoholfreie Getränke zu weiden. Sie nahmen aber nicht recht, wie sie es ihm beibringen sollten. Schließlich übernahm es einer von ihnen: „Es wäre für Ihre Gesundheit recht gut, Herr Staatschreiber, wenn Sie sich im Genuß von Flüssigkeiten etwas einschränken würden“, sagte er. „Ja, daran habe ich auch schon gedacht“, nickte Keller, „von morgen ab, werde ich auf die Suppe verzichten.“

Das Vesting-Theater hatte Otto Erich Hartleben, sich gegen eine Jahresrente von achtzigtausend Mark zu verpflichten, alle Dramen, die er noch schreiben würde, ihm zuerst einzureichen. Einige seiner Freunde aber waren besorgt und meinten, er solle sich lieber nicht binden. Doch Hartleben erwiderte lachend: „Kinder, noch drei solche Kontrakte — und ich rühre zeitweilig meine Feder mehr an.“

## Gerichtssaal.

### Wegen doppelten Totschlages zu neun Jahren Kerker verurteilt.

In der Verhandlung gegen den 24jährigen Landwirt Johann Karl Erdlicha, der unter der Anklage des zweifachen Mordes vor dem Prager Schwurgericht stand, gaben gestern die Gerichtspräsidenten dahin ab, daß der Angeklagte, der nach der Tat Wahnsinn simuliert hatte, geistig vollkommen zurechnungsfähig sei, wenn ihm auch eine gewisse Beschränktheit zugebilligt werden müsse. Am Augenblick der Tat habe sich Erdlicha zwar in Erregung befunden, doch war er sich seiner Handlungsweise vollkommen bewußt. Die Gerichtspräsidenten bezeichneten den Angeklagten als einen Menschen brügeligen Charakters, mit offensichtlicher Neigung zur Verlogenheit.

Die Geschworenen verneinten die Mordfrage, bejahten jedoch die beiden auf Totschlag gestellten Fragen einstimmig, worauf der Angeklagte zu neun Jahren schweren Kerkers, verurteilt wurde. Der Verteidiger meldete die Berufung gegen das hohe Strafmaß an.

## Kunst und Wissen.

„Der Graf von Luxemburg“, eine der älteren, aber mühselig reich dotierten Operetten Franz Schörs wurde vorgestern abend im Neuen Deutschen Theater noch längerer Pause wieder aufgeführt. Und zwar erlebte man einen recht stimmungsvollen Operettenabend, eine in den Einzelheiten und in der Gesamtdarstellung gerundete Operettenvorstellung, der künftig nur noch mehr rhythmisches Leben zu geben sein wird in musikalischer Hinsicht. Fast alle Hauptrollen der Operette waren neu besetzt. Eine hervorragende, gesunglich und schauspielerisch gleich überzeugende Leistung bot vor allem wieder Sonja Zechner, die nicht nur eine feinen schöne, sondern auch glänzend gepflegte Stimme zu zeigen vermag, eine intelligente, dabei aber durchaus dezente, also nie auftragende Schauspielerin ist und ungemein repräsentativ in der Erscheinung wirkt. Neben ihr hatte Fr. Emma Carpentier als Sängerin einen schweren Stand, trotzdem sie doch sehr lieb, charmant und unaußdrücklich wirkte; aber ihr dünnes Stimmchen reicht doch nicht fürs große Haus. Sehr gut — als Partesker und Sänger — war diesmal auch Curt Wolfram, der bei weniger gutem Tonumfang noch viel mehr Erfolg haben könnte. Die Herren Dörner und Dudel hatten ein viel belächeltes heiteres Paar auf die Szene gestellt. Mit einem Sonderopfer wurde Frau Longauer, unsere verdiente komische Ate, empfangen, da sie nach längerer Krankheit das erste Mal wieder auftrat. Kapellmeister Wolfgang Dirigler, Stadler führte die Regie. Das Haus war sehr gut besucht.

**Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.**  
Freitag, 7 1/2 Uhr: 1. Philharmonisches Konzert  
Samstag, (24-4), 7 1/2 Uhr: „Cécile“  
Sonntag, 2 1/2 Uhr: „Meine

# Riefen der Tierwelt.

Aus der Familiengeschichte der Elefanten. — Der Kratapaima vom Amazonasstrom.

Angelehnt eines Elefanten können wir uns des Gefühls nicht erwehren, daß dieses Tier nicht eigentlich mehr in unsere Zeit gehört. Es scheint wie ein Zufall, daß es von den Riesenjägern jener ferneren Zeiten übrig blieb. Wahrscheinlich werden seine Jahre auch gezählt sein, denn dieser Koloss mit seiner Schwerbeweglichkeit ist allzu rettungslos den Kräften und List den zum Verkauf kommenden Stoßzähnen sieht man schon, wie sehr die ganz großen Tiere im Abnehmen sind. Kam es doch früher nicht selten vor, daß ein einziger Zahn ein Gewicht von 130 Kilo hatte, während heute schon ein Zahn von 91 Kilo eine große Seltenheit ist.

In Siam, wo der Elefant heilig gehalten wird, legte man besonderen Wert auf weiße Elefanten. Diese sogenannten weißen Elefanten sind aber in der Regel nur wenig heller als die gewöhnlichen. Gelingt es, so einen weißen Elefanten einzufangen, so finden große Feierlichkeiten statt und er wird in einen eigenen Stall gebracht.

Elefanten waren schon im alten Ägypten bekannt, und zwar nicht nur die afrikanischen, sondern auch die indischen. Elefantenzähne waren ein Hauptbestandteil des Tributs, den die unterworfenen Stämme an den Pharao zu entrichten hatten. In dem Grab Amenemhads findet sich eine Inschrift, die besagt, daß dieser Herrscher Ägyptens im Land Kintoe 120 Elefanten ihres Elfenbeins wegen erlegt habe. Von dem Leibarzt Artaxerges II. stammt die Legende, daß die Elefanten seine Gelenke in den Beinen hätten und sich weder hinlegen noch aufstehen könnten, so daß sie im Stehen schlafen müßten.

In der Schlacht wurden die Elefanten wohl zuerst von Darius in dem Kampf gegen Alexander den Großen verwendet. Später waren sie dann gewöhnliche Erscheinungen in allen Schlachten, die die Römer schlugen.

Schon von den Römern wurden die Elefanten zu allerlei Kunststücken dressiert. Sie lernten tanzen, zielfähig essen, mit einem Griffel Buchstaben zeichnen, und was dergleichen Künste mehr sind.

Eigenartig ist, daß dieses Riesentier ein so glänzender Schwimmer ist. Man nimmt an, daß er alle anderen Landsäugetiere darin weit übertrifft. Elefanten schwimmen stundenlang ununterbrochen.

Das Leitfieber der Elefantenherde ist stets ein Weibchen, doch hat diese Einrichtung ihren Grund darin, daß die Schnelligkeit der Fortbewegung sich nach der Bewegungsfähigkeit der jungen Elefanten richten muß, was nur möglich ist, wenn diese mit den Müttern vorangehen. Sobald Gefahr droht, brechen aber die männlichen Elefanten vor und übernehmen die Verteidigung.

Manche Volksstämme in Indien sind des Glaubens, daß der Elefant überhaupt nicht stirbt. Die Eingeborenen dagegen erzählen, daß jede Elefantenherde ihre Toile begrabe. Auch glauben sie, daß ein Elefant, der seinen Tod nahen fühlt, stets ein einsames Tal aufsucht und hier seinen Sterbepfand findet.

Ueber die Schmachhaftigkeit des Elefanten sind

Schwester und ich“; 7 Uhr (249-1); „Die Zauberflöte“. Montag (250-2), 7 1/2 Uhr: „Cécile“.

**Spielplan der Kleinen Bühne.** Freitag, 7 1/2 Uhr: „Prinzessin und Eintänzer“.  
Samstag, 7 1/2 Uhr: „Meine Schwester und ich“.  
Sonntag, 7 1/2 Uhr: „Prinzessin und Eintänzer“.  
Montag (Donnerstag 1): „Liebe auf dem Lande“.

## Aus der Partei.

### Bezirkskonferenz Joachimsthal.

Sonntag, den 28. September tagte im Hotel Volkshaus in St. Joachimsthal die Bezirkskonferenz unserer Partei. Die Genossen Smolick und Frank berichteten über den organisatorischen Stand der Bezirksorganisation. Aus den Berichten war zu ersehen, daß noch ein großes Stück Arbeit geleistet werden muß, um die Bewegung wieder auf jenen Stand zu bringen, den sie einst hatte, obwohl sie ständig im Vormarschreiten begriffen ist. Genossin Stefan berichtete über den Stand der Frauenbewegung und konnte feststellen, daß für die „Majestäts“ bereits über 200 Teilnehmerinnen gewonnen wurden. Genosse Zschuster sprach über die „Wirtschaftliche und politische Lage und die Aufgaben der Arbeiterklasse“. Das Referat wurde mit starkem Beifall zur Kenntnis genommen. Nach ausführlicher Debatte nahm die Konferenz einstimmig folgende Entschliessung an:

Die heute am 28. September in St. Joachimsthal versammelten Vertrauensleute der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei nehmen die Berichte der Funktionäre und das Referat des Genossen Zschuster über die wirtschaftliche und politische Lage zur Kenntnis, sprechen den Klubs der Abgeordneten und Senatoren für ihre bisher im Interesse der Arbeiterklasse geleistete Arbeit den Dank und das Vertrauen aus, insbesondere dankt die Konferenz dem Minister Genossen Dr. V. Czech, anerkennt sein Wirken auf sozialpolitischem Gebiet und hofft, daß es ihm gelingen wird, weitere Erfolge für die Arbeiterklasse zu erringen.

Die Konferenz fordert von den maßgebenden Stellen, daß unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, die dem Aufschwung der Wirtschaftskrise Einhalt gebieten und daß ehestens die rasche Vergebung von Notstandsarbeiten erfolgt. Die versammelten Vertrauensleute nehmen mit Genugtuung zur Kenntnis,

daß sich der Klub der Abgeordneten und Senatoren hinter die gerechten Forderungen der Joachimsthaler Bergleute stellt, billigen das tatkräftige Einschreiten der sozialdemokratischen Partei in dieser Frage, ersehen die sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, auch weiterhin die gerechte Sache der Joachimsthaler Bergarbeiter so wie bisher zu betreiben, um endlich einmal dazu zu kommen, daß dem Massensterben der Radiumbergleute eine Grenze gesetzt wird. Von den gesetzgebenden Körperschaften aber verlangen wir, daß für die Opfer dieser mörderischen Krankheit ehestens ausreichende Hilfe geschaffen wird.

Zur Bildungskonferenz und zum Parteitag werden die Genossen Stefan und Genosse Smolick als Delegierte gewählt. Mit den vom Parteivorstand zum Parteitag eingebrachten Anträgen erklärt sich die Konferenz einverstanden. Genosse Smolick befaßte sich dann mit der Herbst- und Winterarbeit und regte an, systematisch Erziehungs- und Bildungsarbeit zu betreiben. Einstimmig wurde beschlossen, im kommenden Herbst im Bezirk Wochenendschulen einzuführen.

die Ansichten geteilt. Das Fleisch schmeckt ähnlich wie Rindfleisch, ist aber viel zäher und grobsäfiger. Der Forscher Selous nennt Elefantenberg, am Epipeg über Kopen geröstet, einen der besten Lederdishes, der überhaupt in Südafrika zu bekommen ist. Auch der in der Asche gebratene Rüssel sowie die Junge sollen sehr genießbar sein.

Dem größten Landtier, das heute noch existiert, stehen unsere Wassertiere gegenüber, von denen der Walfisch der bekannteste ist. Aber auch in Binnenengewässern gibt es noch riesige Fischarten.

Was ist z. B. ein Kratapaima? Es ist zehn gegen eins zu wetten, daß die meisten Menschen ratlos stehen, wenn sie diesen Namen hören. Vogel? Raubtier? Oder Fisch? Jrgend etwas Ungeheures muß es sein, — so viel ist uns klar, denn alles, was vom Amazonasstrom, diesem Ocean im Binnenland, kommt, muß ungeheure, riesige Ausmaße haben. Strom aller Ströme ist ja der Amazonasstrom, sein Stromgebiet umfaßt 6 Millionen Quadratkilometer. Die Länge der schiffbaren Wassertrassen dieses Stromgebietes hat man auf 60.000 Kilometer geschätzt. In seinem unteren Laufe, vor seiner Gabelung hat er die ansehnliche Breite von etwa 8 Kilometern. Die Selva, der Urwald an seinen Ufern, ist der größte Urwald, den wir kennen.

Soll es da wundernehmen, daß auch riesenhafte Tiere dort vorkommen, wie wir sie anderwärts nicht antreffen? Einer dieser Riesen der Vorzeit ist der Kratapaima, dessen Vorkommen, soweit bekannt, sich auf den Amazonasstrom, den Rio Branco und den Negro beschränkt. Also: eine Fischart, ein Mischling zwischen Delfin und Walfisch. Man hat Kratapaimas gefangen, die ein Gewicht von 200 Kilo und eine Länge von 4 Metern haben! Er wird mittels der Angel gefangen, doch auch mit Bogen und Pfeilen gejagt und erlegt. Beim Fischen mit der Angel ereignen sich natürlich sprechliche Vorkommnisse, es ist nichts Seltenes, daß der riesenhafte Fisch den Angler in die Tiefe zieht, statt von ihm herausgezogen zu werden.

Gleich dem Walfisch wirkt auch dieses Tier, das der wenig verbreiteten Familie der Knochenzüngler angehört, mit seinem, mit harten, mosaikartigen Schuppen bedeckten Leibe unbedingt vorwiegend; seine Schönheit liegt nur darin, daß sein Schuppenkleid wie auch die Flossen in den dunkelsten Farben, von Dunkelgrün bis Blauschwarz, schillern und schimmern. Die Schuppen sind etwa 3 Finger breit und haben einen deutlich hervortretenden scharlachroten Rand.

In frischem Zustande ist das Fleisch dieses Knochenschwammes, doch wird es, da die Fleischmassen eines solchen Tieres ja nicht sofort verzehrt werden können, auch gefalzen und getrocknet, in Tausenden von Zentnern verschifft und von Indianern, Negern und Weißen von Para bis zur peruanischen Grenze allgemein gegessen. Man muß aber kein Kostverderber sein, wenn man die Nahrung herunterbringt, denn der Geruch dieses getrockneten Fischfleisches ist für unsere Nasen geradezu ekelerregend.

F. R.



Mit dem 1. September 1930 sind wir schon offiziell mit den deutschen Genossen in einem einzigen Bunde zusammen. Das sind die Resultate der Verhandlungen, die wir nach dem Prager Kongress geführt haben. Die deutschen Genossen beteiligten sich schon als Mitglieder der JAZ, an den letzten Weikämpfern der Reichstagskassen in Lodz. Die Verhandlungen mit den jüdischen Genossen aus der „Autryna“ (Morgenstern) geben erfolgversprechend weiter. Die Verhandlungen mit den Ukrainern mußten wir leider unterbrechen, weil die Vertreter des ukrainischen Bundes durch die Behörden im Gefängnis eingeschlossen sind. Die allgemeine Lage ist schwer.

**Die Lage im jugoslawischen Arbeiterport.** Aus einem jugoslawischen Bericht: „Leider ist bei uns der Arbeiterport noch schwach entwickelt. Im ganzen gibt es im Lande 43 Fußballklubs. Die Turnvereine wurden mit der Gründung der staatlichen Turnorganisationen von Staats wegen aufgelöst. Die Fußballklubs müssen noch immer dem bürgerlichen Sportverband angehören, weil sie ansonsten wegen zu großer Entfernung der Orte voneinander, an denen die Klubs bestehen, überhaupt keine Spielgelegenheit hätten.“

**Der Arbeiterportverband „Hapoe!“ in Palästina.** In den wenigen Jahren seines Bestehens hat sich der Verband, ohne jegliche Unterstützung von außen, schnell entwickelt, trotz des Mangels geeigneter Lehrer, Turnhallen oder Sportplätze und des Fehlens jeglicher Tradition auf diesem Gebiete seitens der jüdischen Arbeiterschaft und der äußerst geringen zur Verfügung stehenden Mittel. Das Tätigkeitsfeld des Verbandes hat sich in allen Teilen des Landes und in allen Arbeiterschichten stark verbreitert. Augenblicklich zählt der Verband 31 Abteilungen. Die Abteilungen umfassen 3000 Mitglieder (männliche und weibliche) und 1500 Jugendliche. Im Jahre 1927 ist der „Hapoe!“ der Sozialistischen Arbeiter-Sport-Internationale beigetreten und unterhält enge Beziehungen zu ihr und wird von dieser in moralischer und kultureller Hinsicht unterstützt.

## Bereinsnachrichten.

Der Arbeiter-Turn- und Sportverein in Prag hielt am 23. September l. J. im Hotel „Monopol“ seine vierte Generalversammlung ab, die einen guten Besuch aufwies. Die Berichte der einzelnen Funktionäre gaben ein schönes Bild der fruchtbarsten Tätigkeit des Vereines und wurden mit Beifall zur Kenntnis genommen. Die Neuwahl des Vorstandes ergab einige Veränderungen und wurde u. a. Genosse Kurt Schröder zum 1. Obmann gewählt. In der Versammlung war auch der Bundessekretär, Abg. Genosse Heinrich Müller, anwesend, welcher in seinem Referate „Arbeiter-Olympia Wien 1931“ sehr viel Wissenswertes und Aufklärendes beibrachte. Seine Ausführungen fanden den ungeteilten Beifall der Versammelten. Nach einigen Vereinsangelegenheiten (Statutenänderung usw.) fand die arbeitsreiche und schön verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Herausgeber: Siegfried Taub.  
Chefredakteur: Wilhelm Richter.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß Prag  
Druck: „Kosa“ u. G. f. u. Zeitung und Buchdruck Prag  
Für den Druck verantwortlich: Otto Dollig Prag  
Die Zeitungsmarktenkonferenzen wurde von der Post u. Telegraphenverwaltung mit Erlaß Nr. 13 300 VII/1930 bewilligt

## KINO-PROGRAMM

Vom 3. Oktober bis 9. Oktober 1930

**Wran-Urania-Kino** 576  
Einziges deutsche Kino Prag Tel. 4.17  
Deutscher Gesang- und Sprechklub  
„LIEBESWÄLZER“  
Mit dem sympathischen Will Frisch, dem eleganten Georg Alexander, der entzückenden Lilian Harvey.  
Ermäßigte Preise.

**Wo verkehren wir?**  
Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft 157  
**LIDOVÝ DŮM**  
(Gen. Wilhelm Opotný)  
Täglich Konzerte. PRAG II., Hybernská Nr. 7.

## Sport • Spiel • Körperpflege

### Kommunistische Uebertritte zum bürgerlichen Sport.

In Finnland.  
Der dem finnischen kommunistischen Sportverband und der Moskauer Sportinternationale angehörende Sportverein „Kappilan Urheilijat“, Helsingfors, und der den gleichen Organisationen angehörende Helsingforser Rodsportverein haben ihren korporativen Uebertritt zu den bürgerlichen Sportverbänden vollzogen. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder ist allerdings zum Mutterverband, dem Arbeitersportbund (TUL), aus dem sie wegen kommunistischen Umtrieben ausgeschlossen wurden, zurückgekehrt.

Von der gleichen Einsicht geleitet, beschloß der Sportverein „Bisa“, Helsingfors, seinen kommunistischen Vorstand auszuwickeln und eine neue zum TUL stehende Leitung zu wählen. So ist die Auswirkung der von den Kommunisten im TUL erzwungenen Spaltung.

**Zusammenschluß im polnischen Arbeiterport.** Der polnische und deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund in Polen haben sich zusammengeschlossen. Dazu erfahren wir aus Warschau: